

Bezugspreis:
Für den Monat Januar 1923 M.
vorwärts. Unter Kreuzband
für Deutschland, Danzig, Saar- und
Pommerngebiet sowie Österreich und
Sudetenland 2000 M., für das übrige
Ausland 3000 M. Postbestellungen
nehmen an Belgien, Dänemark,
England, Island, Finnland, Frank-
reich, Holland, Lettland, Luxemburg,
Österreich, Schweden, Schweiz,
Tschechoslowakei und Ungarn.

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonnabend, den 27. Januar 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direction
der Deutschen Reichsbank, Postfach 100 000

Anzeigenpreis:
Die einseitige Monopostzeile
kostet 400 M. Reklamzeile 2000 M.
„Kleine Anzeigen“ das fertige Blatt
kostet 150 M. (zwei fertige
Blätter 300 M.), jedes weitere Wort
50 M., jedes weitere Blatt 70 M.
Worte über 15 Buchstaben gelten
für zwei Worte. Familien-Anzeigen
für Abonnenten Seite 100 M.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hausgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Ausnahmezustand in Bayern.

Norddeutsche Statisten zur Münchener Hitler-Parade passieren Berlin.

Mit der Verhängung des Belagerungszustandes über
Bayern ist der lange erwartete Augenblick eingetreten, in dem
sich selbst die bayerische Regierung, das heißt die
Regierung der Bayerischen Volkspartei und der Deutschnatio-
nalen genötigt sieht, gegen die faschistische Bewegung, die ihr
über den Kopf zu wachsen droht, Schutzmaßnahmen zu er-
greifen. Durch diese Tat gibt sie das alles zu, was zur Kritik
ihrer teils passiven, teils direkt fördernden Haltung dieser Be-
wegung gegenüber von uns gesagt worden ist, zutreffend war.
Die nächsten Tage müssen zeigen, ob diese Maßnahmen fünf
Minuten vor oder fünf Minuten nach zwölf ergriffen sind.
Eigentlich müßte man von den Bayern politischen Verstand
genug erwarten, um zu begreifen, daß ein faschistischer Putsch
heute nur Arbeit für Poincaré ist.

München, 26. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die Treibe-
reiter der Nationalsozialisten, gegen die die Regierung bisher nichts
unternommen hat, haben das Staatsministerium veranlaßt, den
Ausnahmezustand über Bayern zu verhängen. Im
Laufe der Woche haben die Nationalsozialisten in ihrem Parteibureau
Handgranaten verteilt. Als Anlaß für den morgen beginnenden
Parteitag waren zwölf große Versammlungen angekündigt,
in denen Hitler reden sollte; sie sind ebenso wie die Gegen-
demonstrationen der sozialdemokratischen und der kommuni-
stischen Partei verboten worden. Aus Gründen der öffentlichen
Sicherheit wurde ferner die kommunistische „Neue Zeitung“
verboten.

München, 26. Januar. (Amstich.) Bekanntmachung über die
Verhängung des Ausnahmezustandes im rechtsrheinischen Bayern:
Der Druck der Feinde auf Deutschland veranlaßt zurecht gebieterisch
die Zusammenfassung aller Kräfte zur einheitlichen Abwehr. Jetzt
ist nicht die Zeit zu politischen Auseinandersetzungen, durch welche
die Gefahr von Zusammenstößen unter Deutschen her-
aufbeschworen wird. Den Führern der nationalsozialisti-
schen deutschen Arbeiterpartei wurde daher eröffnet, daß unter
diesen Umständen anlässlich ihres Parteitagess Beratschungen und
Festlichkeiten unter freiem Himmel nicht zugelassen
werden. Sie lehnten die Beachtung dieser Anordnung ab und
drohten, daß der staatlichen Gewalt Gewalt entgegen-
gebragt werden würde. Damit hat die nationalsozialistische
Arbeiterpartei den geschäftigen Boden verlassen und
der verfassungsmäßigen Regierung den Kampf angefaßt. Um allen
Störungen von Ruhe und Ordnung, von welcher Seite sie auch
kommen mögen, zu begegnen, hat die Staatsregierung beschlossen,
den Ausnahmezustand zu verhängen. Sie erwartet von allen
Staatsbürgern die genaueste Beachtung der bestehenden Gesetze und
der ergehenden Anordnungen.

München, 26. Januar. (Ill.) Heute vormittag erschienen zwei
Vertreter Hitlers im Ministerium des Innern und ließen sich zu der
Drohung hinrichten, daß sie die unterliegenden Kundgebungen doch
veranlassen würden, die Dinge müßten dann eben ihren Lauf
nehmen, wenn ihnen Widerstand geleistet würde. Fehlsinne
seien unter ihnen nicht. — Der Minister des Innern ist zum bayeri-
schen

Generalstaatskommissar mit diktatorischer Vollmacht,
die Regierungspräsidenten der rechtsrheinischen Bezirke sowie die
Polizeipräsidenten von München und Nürnberg zu Staatskom-
missaren ernannt worden.

Auf dem Lehrter Bahnhof trafen Freitag nachmittags
250 bis 300 meist junge Leute ein, die in Mecklenburg und
Pommern zusammengezogen waren, um gemeinsam zum Mün-
chener Parteitag der „Deutschösterreichischen Freiheitspartei“ verbracht
zu werden. Arrangiert war der Transport vom Reichstagsabgeord-
neten Wulle und dem Freikorpsführer Rohbach. Auch soll jener
Bade aus Schwerin mitbestimmt sein, der den Rathenau-Mördern
die Maschinenpistole vermittelt hatte. Die Berliner Polizei hatte
Kenntnis von der Ankunft dieser Horde und ein größeres Polizei-
aufgebot stellte nach Einlaufen des Zuges die Namen der einzelnen
fest und durchsuchte sie, trotz ihrer Entrüstung, nach Waffen.
Solche wurden zwar nicht gefunden, nur zwei große Handkoffer zu-
fanden wurden beschlagnahmt, wogegen der lauteste
Protest nichts half. Die Leute begaben sich dann einzeln nach dem
Anhalter Bahnhof. Wulle hatte vor einiger Zeit einen Sonderzug
bestellt, den das Reichsverkehrsministerium unverständlicherweise auch
zugelassen, im letzten Augenblick aber mit Rücksicht auf die politische
Lage verweigert hatte. So lösten sich die Mannschaften ihre
Korben selbst und fuhren mit dem beschleunigten Personenzug nach
München. Bei dem Leiter des Transportes fand man eine kleine
Kofferbox, die vollgepackt war mit 10 000 M. Klein die
Fahrt dieser 250 bis 300 Mann von Mecklenburg und Pommern
über Berlin nach München kommt auf über eine halbe Million zu
stehen, die Verpflegung ganz abgerechnet. Dies in der Zeit der Na-
tionalversammlung für den Abwehrkampf an der Ruhr! In Thüringen
sollten weitere Abteilungen zu dem Transport stoßen und für den
späten Abend war die Ankunft eines weiteren Transportes in Berlin
angekündigt.

Die Ill. berichtet, daß auf dem Lehrter Bahnhof 15 Ver-
haftungen vorgenommen worden seien.

Hamburg, 26. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die Hamburger
Mitglieder der nationalsozialistischen Gruppen haben ebenso wie in

anderen Städten am 25. Januar Marschbefehl nach Mün-
chen erhalten. Die Leute haben Fahrkarten und 16 000 M. pro
Mann bekommen. Von Hamburg sollte ihnen ein Sonderzug ge-
stellt werden, das konnte aber wegen Wagenmangels (!) nicht
geschehen. Von Hannover sollen 1500 Mann in Marsch ge-
legt sein.

Polizeiliche Plündererprotektion.

München, 26. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Der Sturm auf das
Hotel Grünwald war ein organisiertes Vorgehen der National-
sozialisten. Als die drohende Menge vor dem Hotel erschien, kam
eine Hundertschaft der Landespolizei am Hotel vorbei, unter
deren Augen die ersten Eisküde gegen die Fenster des Speise-
saals geworfen wurden. Ein Mann der grünen Polizei stand am
Eingang zum Speisesaal, als die Menge eindrang und die Be-
wüstungen vornahm. Der Aufforderung eines Hotelangestellten,
einzutreten, kam er nicht nach. Auch die Hundertschaft vor dem
Hotel tat nichts. Die Zerstörer verließen zum größten Teil das
Hotel durch den Haupteingang, mußten also die Polizeimann-
schaften passieren, trotzdem wurden keine Verhaftungen vor-
genommen, nicht einmal die Namen der Leute festgesetzt. Als der
Polizeipräsident Rohy und der Leiter der politischen Polizei am
Tatorte erschienen, geschah ebenfalls nichts, um die Räubersführer
festzunehmen.

Die „Münchener Post“ weist darauf hin, daß die Demon-
stranten Angehörige der Nationalsozialistischen Partei waren
und daß ein Führer seine Hundertschaft fortwährend dahin und dort-
hin kommandierte. Bei der Demonstration des Speisesaals gingen
einige 20 silberne Eßbestecke und anderes Silbergeschirr
„verloren“, einem der Plünderer wurde von der Polizei ein
silbernes Messer aus der Tasche gezogen; er erklärte, er habe es als
Andenken mitnehmen wollen.

Das Moratorium abgelehnt.

„Allgemeine Verfehlung“ Deutschlands „festgestellt“.

Paris, 26. Januar. (WTB.) Havas teilt mit: Die Re-
parationskommission trat heute nachmittag 3 Uhr zusammen.
Die Sitzung war um 4 1/2 Uhr beendet. Nach dem Vorschlag der
Delegierten Barthou und Delacroix nahm die Kommission
Kenntnis von der deutschen Note vom 13. Januar, in der die deutsche
Regierung mitteilt, daß sie die Sachleistungen an Frankreich und
Belgien einstelle. Die Reparationskommission hat entschieden,
daß hierdurch das Verlangen eines Moratoriums, das am
14. November gestellt wurde, hinfällig wurde. Infolgedessen
wird der Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 wieder in Kraft treten.
Die Reparationskommission habe übrigens Deutschland in seinen
Zahlungen bereits einen Ausschub bis zum 31. d. M. bewilligt.

Die Reparationskommission hat mit drei Stimmen bei einer
Stimmhaltung (der des britischen Delegierten) beschlossen, daß
Veranlassung besteht, die allgemeine Verfehlung Deutsch-
lands hinsichtlich seiner Reparationsverpflichtungen gegenüber Frank-
reich und Belgien auf Grund des § 17 festzustellen. Dieser Beschluß
wird der deutschen Regierung alsbald notifiziert werden. Die Kom-
mission hat sofort anschließend im gegenseitigen Einvernehmen ein
Schreiben an die deutsche Regierung abgefaßt, in dem sie diese
offiziell von dem doppelten Beschluß informiert: Ablehnung des
Moratoriums und Feststellung der allgemeinen Ver-
fehlung.

Havas fügt hinzu: Anders als bei dem gelegentlich der früheren
Entscheidungen befolgten Verfahren hat die Kommission sich darauf
beschränkt, Deutschland diese offizielle Mitteilung ohne irgendwelche
offizielle Zusätze zu machen. Es muß darauf hingewiesen werden,
daß, wenn bei der Beschlußfassung keine Einstimmigkeit erzielt
worden ist, die Diskussion nichtsofortiger sich in grundsätzlicher
Weise vollzieht. Wenn aber der englische Delegierte auch zugestimmt
hat, sich den Beschlüssen seiner Kollegen nicht anschließend zu stellen,
so hat er doch Wert darauf gelegt, nicht gegen sie zu stimmen
und hat sich einfach der Stimme enthalten.

Die Reparationskommission ist sich wohl darüber selbst im
klaren, daß ihre Beschlüsse nur eine lächerliche Formali-
tät sind. Alle Mächte haben längst eingesehen, daß das
Londoner Zahlungsstatut unausführbar und dringend re-
visionsbedürftig ist. Das hatte sogar Poincaré zugegeben, in-
dem er der Gewährung eines Moratoriums, allerdings gegen
Pfänder, sowie der Herabsetzung der deutschen Schuld bei
gleichzeitiger Herabsetzung der interalliierten Schulden zustim-
men wollte. Jetzt aber erklärt die Reparationskommission,
das Moratorium sei abgelehnt, Deutschland müsse bis zum
31. Januar 500 Millionen Goldmark, d. h. nach dem gestrigen
Kurs 3 000 000 000 000 Papiermark, dies dreitausend
Milliarden bzw. drei Billionen Papiermark be-
zahlen!

Der englische Delegierte hat durch Stimmenthaltung
offenbar zum Ausdruck bringen wollen, daß man diesem
großen Unfug nicht die Ehre einer Polemik erweisen darf
und hat sich der Stimme enthalten. Havas aber will der Welt
einreden, seine Haltung bedeute eine stillschweigende Geneh-
migung dieses Beschlusses.

Aussprechen, was ist!

Es hilft nichts, den Kopf jetzt in den Sand zu stecken und
sich außen- und innenpolitisch irgendwelchen Illusionen hinzuge-
ben. Die Lage ist so furchtbar ernst, daß nur klare Erkennt-
nis der Dinge dem deutschen Proletariat die Kraft und die
Fähigkeit geben kann, die Kämpfe siegreich auszufechten, die
ihm durch die Verschärfung der europäischen Krise aufge-
zwungen worden sind. Ein großer Teil der deutschen Presse
hat mit einer Leichtfertigkeit, die an ihre Haltung während
der Kriegsjahre erinnert, eine Hurra Stimmung erzeugt, die
nicht nur den Blick breiter Volksschichten gegenüber dem Ernst
der Lage getrübt, sondern auch gefährliche und in ihren Nach-
wirkungen vielleicht verhängnisvolle nationalsozialistische Unter-
nehmungen hervorgebracht hat. Diesem Treiben gegenüber
halten wir es für unsere Pflicht, mit besonderem Nachdruck
darauf hinzuweisen, daß das deutsche Volk in seiner Gesam-
theit erst am Anfang einer schweren Leidensperiode steht und
daß die Deutsche Republik von außen und von innen Gefah-
ren ausgesetzt ist, die ihre Existenz auf das schwerste bedrohen.

Weltpolitisch liegen die Dinge so, daß Deutschland zu-
nächst nur auf seine eigene Kraft und Widerstandsfähigkeit
angewiesen ist. Es ist nur ein neuer Beweis für die politi-
sche Unreife jener Kreise des Volkes, die sich nach wie vor
als „Führer der Nation“ aufspielen, daß sie nach ihren Haf-
gefangen gegen das „Gott-straßen-England“ während des
Krieges jetzt mit gläubiger Inbrunst auf die sofortige Ein-
mischung der konservativen englischen Regierung in die
Ruhrfrage warten. Eine solche Erwartung ist illusionär.
Die englische öffentliche Meinung steht zwar in ihrer über-
wiegenden Mehrheit der Ruhrbesetzung ablehnend gegenüber;
die englische Geschäftswelt verurteilt auf das entschiedenste die
Katastrophenpolitik Poincarés, die die wirtschaftliche Gesund-
heit Europas hemmt; die englische Schwerindustrie verfolgt
mit Beforgnis die Wucherweiterung der französischen Schwer-
industrie, die durch die Ruhrbesetzung einen weiteren Schritt
zur Aufrichtung eines kontinentalen Eisen- und Kohlen trusts
gelangt hat, dessen Monopolstellung die englische Schwerindus-
trie bedrohen würde. Aber alle diese Faktoren sind angesichts
des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses in der europäischen
Politik nicht stark genug, um die englische Regierung zu einem
offenen Bruch der Entente und zu einem aktiven Vorgehen
gegen Frankreich zu veranlassen. Die Linie der englischen
Politik ist vielmehr eine abwartende, und diese Passi-
vität wird noch dadurch verstärkt, daß die zahlreichen Aus-
träge an die englische Kohlenindustrie die Arbeitslosigkeit in
England gemildert und daß außerdem in einflussreichen Kreisen
Bestrebungen im Gange sind, das Interesse des englischen
Volkkapitals an den Petroleumquellen im Rostoffgebiet dadurch
wahrzunehmen, daß man der französischen Schwerindustrie im
Ruhrgebiet freie Hand läßt.

Im Lichte dieser Bestrebungen nehmen die weltpolitischen
Begebenheiten der letzten Monate einen eigenartigen Charak-
ter an: Es sind nicht die Parlamente mit ihren Schürrednern,
und nicht die Staatsmänner und Diplomaten mit ihren Kund-
gebungen, Denkschriften und Dekorationen, die die Geschicke
der Völker dirigieren; hinter diesem Puppenspiel stehen viel-
mehr die gewaltigen Gerüste des Eisens, Kohlen- und
Volkkapitals, steht die Allmacht des internationalen
Finanzkapitals, das die Interessen der Völker wie
hohle Röhre verschachtet. Als die deutschen Soldaten vier
Sabre lang in den Schützengräben bluteten, waren es die
Herren der deutschen Schwerindustrie, die von der Ero-
berung der Erzgruben von Konow und Brien träumten, um
das Monopol eines deutschen Montan trusts in Europa auf-
zurichten. Heute ist dieser Plan — nur in umgekehrter Rich-
tung — von der französischen Schwerindustrie aufgenommen
worden, und die Macht dieser Gruppe, verbunden mit den
Bestrebungen der miteinander rivalisierenden Gruppen des
internationalen Volkkapitals und mit der überwältigenden
Macht des auf seinen Schuldschein pochenden amerikanischen
Finanzkapitals ist es, die die eigentlichen Linien der euro-
päischen Politik bestimmt.

Gegenüber dem Ausbreitungsdrang der französischen
Schwerindustrie, die offensichtlich die Politik Frankreichs diri-
giert, ist die Haltung der deutschen Arbeiterklasse
klar und eindeutig. Wie sie den Eroberungsdrang der annexio-
nistischen Wirtschaftsverbände Deutschlands während des
Krieges bekämpft und gezügelt hat, so bekämpft sie heute den
Einbruch der französischen Stahlkönige in das deutsche Wirt-
schaftsgebiet. Sie tut das nicht im Interesse des deutschen
Grubenkapitals, nicht im Interesse der Herren Sinnes,
Thyssen, Klöckner usw., zu denen sie nach wie vor in beständigem
Klassen Gegensatz steht, sie tut das vielmehr im Interesse ihrer
eigenen Zukunft, im Interesse der Erhaltung der Bodenschätze
Deutschlands für das arbeitende Volk, im Interesse der Ver-
teidigung des deutschen Wirtschaftsgebietes und der Einheit
der deutschen Republik, die verloren gehen würde, wenn es
einerseits Poincaré und andererseits seinen deutschnationalen
Bundesgenossen, die begeistert ihr „Gott erhalte uns
Poincaré!“ rufen, gelingen würde, den deutschen Staat in
seine Bestandteile aufzulösen und eine unaufhaltsame Welle

des Nationalismus, damit aber auch zugleich die Gefahr neuer blutiger Kriege herauszubekommen.

Man kann mit Fug und Recht von den Sünden und Verfehlungen des deutschen Großkapitals sprechen, dessen kurzfristige, egoistische Politik ein gerüttelt Maß von Schuld an der Verschärfung der außenpolitischen Lage wie an der Verelendung der arbeitenden Massen in Deutschland trägt. Aber mit Recht hat schon Genosse Wels in seiner Rede im Reichstag erklärt, was bei uns in Ordnung zu bringen sei, würden wir selbst ohne fremde Hilfe fertig bringen. Die deutsche Sozialdemokratie denkt keinen Augenblick daran, ihren Kampf gegen die Mächte des Kapitalismus abzuschwächen oder gar einzustellen. Sie hat es abgelehnt, sich mit jenen Elementen in eine „nationale Einheitsfront“ zu stellen, deren Bestreben einzig und allein darauf gerichtet ist, durch die Aufpeitschung des Nationalismus ihre eigenen Sünden vergessen zu machen und den Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit mit schönen Phrasen und Verprechungen zu verkleinern. Gegenüber den Schmeicheleien aus reaktionär-bürgerlichen Kreisen, daß die Arbeiter des Ruhrgebietes nun zum ersten Male in einen „nationalen Streit“ eingetreten seien und daß es nun klar zutage trete, daß die industriellen Unternehmungen auf den breiten Schultern der Arbeiter- und Betriebsräte fester ruhten als auf dem ererbten Recht der „Herren im Hause“, bewahrt die Arbeiterklasse jene läbliche Strepis und Geringschätzung, die ihr durch Jahrzehnte harter, erbitterter Klassenkämpfe eingebläut worden ist.

Es möge noch außen hin mit aller Deutlichkeit gesagt sein: Nach wie vor steht die deutsche Arbeiterklasse auf dem Boden der Erfüllungspolitik, soweit diese der Leistungsfähigkeit Deutschlands angepaßt ist. Nach wie vor strebt sie eine **Verständigung** mit den Unterzeichnern des Versailleser Friedensvertrages an, um die Politik und die Wirtschaft Europas von der furchtbaren Gefahr der fortgesetzten Reparationskriege zu befreien. Sie denkt keinen Augenblick daran, sich schützend vor die Klassenränder der Besitzenden zu stellen, um den Gläubigern Deutschlands das zu „entziehen“, was sie mit Fug und Recht zu beanspruchen berechtigt sind und was im Bereich der deutschen Leistungsfähigkeit liegt. Sie lehnt aber mit Entschiedenheit die Zumutung ab, sich der Vermittlung Poincarés und seiner bemanneten Mannschaften zu bedienen, um ihre Rechnung mit den großkapitalistischen Steuerhinterzählern und Saboteuren der Erfüllungspolitik zu vereinnahmen. Diese „Vermittlung“ muß vielmehr zwangsläufig dahin führen, daß der proletarische Klassenkampf in Deutschland abgeschwächt, die Position der kapitalistischen Reaktion verfestigt, und dem Treiben der monarchistischen Sonderhändler und nationalistischen Verschwörer Tür und Tor geöffnet wird.

In dieser Stunde der Gefahr ergeht daher unser Ruf an das internationale Proletariat, insbesondere an das Proletariat Frankreichs, Belgiens, Englands und Italiens, daß es durch energischen und stets zunehmenden Druck auf die Regierungen der Gefahr der Balkanisierung Europas, der Vernichtung der deutschen Demokratie, der Entfaltung neuer kriegerischer Konflikte Einhalt gebietet. Und ebenso ergeht unser Ruf an das deutsche Proletariat, daß es sich freihalte von jedem Rückfall in nationalistische Vergänge, von jeder Konzession an die bürgerlichen Harmonieapostel und Burgfriedenspolitiker, von jeder Verkleinerung des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit, die letzten Endes nur der Wucher- und Ausbeutungspraxis des Kapitals Vorschub leistet. Wohl noch nie in seiner langen Leidensgeschichte hat das Geschick dem deutschen Proletariat eine so schwere Last wie jetzt auf die Schultern geladen. Es hat Hand in Hand mit seinen Brüdern im Ausland gegen den Rechtsbruch und die Gewalt des französischen Imperialismus anzukämpfen. Und es hat gleichzeitig im Innern die Deutsche Republik und den deutschen Sozialismus vor ihren erbitterten Feinden zu verteidigen und den Boden für einen neuen Aufschwung der Arbeiterbewegung vorzubereiten. In diesem Kampfe gilt es, klaren Blick und sozialistische Erkenntnis zu bewahren. Es gilt, sorgfältig hauszuhalten

mit den vorhandenen Kräften, eine elastische Taktik zu üben, die Selbständigkeit seiner eigenen Politik zu wahren und vor allen Dingen das höchste Gut, das es im letzten Jahre errungen hat, zu schützen: die Einheit und Geschlossenheit der Partei!

Ludendorff und der „Vorwärts“.

Wer lügt?

Am 25. Januar brachte der „Vorwärts“ eine Meldung aus München des Inhalts, Ludendorff habe bei der Reichsgründungsfeier des Bundes Oberland eine Rede gehalten, von der dann berichtet wurde:

„Der Geist der ehrlosen Erfüllung beherrscht auch die gegenwärtige Reichsregierung. Höhnisch bezeichnete er die Einheitsfront als eine Fassade, solange sich noch Marxisten in leitenden Stellen befinden und solange nicht Nationalisten in der Reichsregierung und allen Landesregierungen herrschen.“

Im Reichstag hat nun Helfferich gestern erzählt, der Bericht des „Vorwärts“ habe Anlaß zu einer telegraphischen Rückfrage an Ludendorff gegeben, auf die dieser geantwortet habe: „Vorwärts lügt.“ Nun gibt die „München-Augsburger Abendzeitung“ die betreffende Stelle der Rede folgendermaßen wieder:

„Der Geist der Erfüllung geht wieder stärker umher. Wir wissen, wer ihn belebt und werden uns den merken. Lassen wir uns nicht noch einmal durch das Schlagwort Einheitsfront täuschen. Es ist nur eine Fassade. Die Einheitsfront ist nicht da, solange sich betätigende Vaterlandsliebe verbietet, gehemmt oder sogar bestraft wird, solange ungestraft Verrat am deutschen Volke getrieben werden darf, solange der internationale Marxismus in leitenden Stellen sitzt und die vaterländisch Denkenden sich zerfleischen. Der Feind steht immer noch in unseren Reihen.“

In diesem Bericht fehlt nur der Hinweis auf die Reichsregierung. Da aber auch diese immer wieder ihre Bereitschaft erklärt, in Verhandlungen mit der Entente das Maß des von Deutschland Erreichbaren ehrlich festzustellen, geht Ludendorffs Hegebre auch gegen die Reichsregierung, gleichgültig, ob sie ausdrücklich genannt wurde oder nicht. In allen anderen Punkten stimmt unser Bericht mit dem des Münchener Ludendorff-Organ nahezu wörtlich überein. Wenn also in diesem Fall einer lügt, dann ist es ganz bestimmt nicht der „Vorwärts“.

Luise Zieg zum Andenken.

Heute vor einem Jahre bereitete der Tod dem unermüdlichen Wirken unserer Genossin Zieg ein plötzliches Ende. kaum sichtbar für alle jene, die sie kannten und seit Jahren ihren heroischen Kampf gegen ihr schweres Leiden miterlebten. Der Tod traf sie an jenem Blau, um dessen Eroberung für die Frau sie seit Jahrzehnten in Wort und Schrift unermüdlich gekämpft: mitten im Reichstag, zu dessen arbeitserfülltesten Mitgliedern sie gehört hat.

Mit Luise Zieg ist eine jener Genossinnen dahin gegangen, die zu einer Zeit für den Sozialismus, für die Befreiung der Frau gekämpft, als jeder Sozialdemokrat in Deutschland freiwillig war und die Gleichberechtigung der Frau selbst im Kreise der eigenen Genossen nicht mehr bedeutete als ein fernes Zukunftziel.

Doch sie setzte sich durch! Innerhalb wie außerhalb der Partei wurde sie bald als unerschrockene Kämpferin für die Rechte aller Ausgebeuteten geachtet und geschätzt. Tausende von proletarischen Klassenkämpfern hat sie dem Sozialismus gewonnen. In Massenversammlungen wie in dem kleinsten Frauenabend wußte sie ihre Hörer zu fesseln. In der Nationalversammlung, in die sie das Vertrauen der Berliner Arbeiterschaft entsandte, wie im Reichstag rief ihre scharfe Kritik oftmals den Widerspruch der bürgerlichen Parteien heroor, trotzdem haben auch diese stets die Lauterkeit ihrer Gesinnung wie ihrer Absichten offen anerkannt.

Was Luise Zieg für die Propaganda sozialistischer Bestrebungen, für die Aufklärung der Frauen und deren Gewinnung als Genossinnen im Kampf für ihre eigene Befreiung geleistet, das setzt ihr in der Geschichte der Sozialdemokratie ein unvergängliches Denkmal.

Ihr Andenken zu ehren, ihr Wirken denen nahezubringen, die sie nicht gekannt, veranstaltet der Bezirksverband Berlin am Sonntag, den 28. Januar, nachmittags 3 Uhr, in der Aula der Sophien-Schule, Weinmeisterstr. 16/17, eine Gedenkfeier, in der Genossin Wurm spricht.

Die landwirtschaftliche Ruhrhilfe.

Nachdem die Spitzenorganisationen der deutschen Landwirtschaft bereits mit einem Aufruf an ihre Mitglieder herantreten sind, für die durch die Besetzung des Ruhrgebietes betroffenen Bevölkerungsteile Liebesgaben zu spenden, ist dieses Hilfswerk nunmehr in Verhandlungen zwischen den Organisationen und dem Reich unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers organisiert worden. Die Sammlung und Zusammenführung und die Zuweisung in die notleidenden Gebiete bleibt in der Hand der Landwirtschaft, die Unterverteilung aber liegt in der Hand derer, die hier die Verhältnisse am besten beurteilen können, nämlich der leitenden Persönlichkeiten des Ruhrgebietes. In einzelnen ist die Gliederung folgendermaßen:

Die Vorsitzenden der Landwirtschaftskammern sehen sich in ihren Bezirken mit den in Betracht kommenden Kreisen in Verbindung und organisieren die Sammlung. Sie rufen die in ihren Gebieten vorhandenen landwirtschaftlichen Organisationen zu gemeinsamem Sammelwerk auf und nehmen dessen Leitung in die Hand.

Die Sammelstelle steht unter der Leitung der Landwirtschaftskammer Westfalen, und zwar wird die Zweigstelle Minden i. B. der Landwirtschaftskammer die Aufgabe der Sammlung und Weiterleitung übernehmen. Alle unentgeltlich zur Verfügung gestellten Spenden werden als Liebesgaben von der Reichsbahn gratis befördert. Zur gratis Beförderung ist erforderlich, daß die Liebesgaben amtlichen Charakter hat und den Beförderungsunterlagen ihren Dienststempel beibringt (z. B. Landrat, Amtsvorsteher, Landwirtschaftskammer). In den Schreibbriefen ist unter der Angabe des Inhalts der Vermerk aufzunehmen:

Freiwillig gespendete Gaben zur unentgeltlichen Verteilung durch die Landwirtschaftskammer Westfalen, Zweigstelle Minden i. B. Ruhrhilfe.

Das sonst übliche statistische Merkblatt ist für diese Sendungen nicht erforderlich. Bei Gaben von Getreide und lebendem Vieh ist zu beachten, daß nur Sendungen in vollen Wagenladungen frachtfrei sind, also nicht einzelne Tiere oder kleinere Mengen von Getreide. Betriebstechnische Gründe lassen eine andere Regelung nicht zu. Einzelpenden müssen demnach im Heimatbezirk zu Waggonladungen zusammengestellt werden.

Als Spenden kommen in Betracht: Speck, Dauerfleischwaren, Hülsenfrüchte, Käse, Mehl, Getreide und, falls es in ganzen Wagenladungen versandt wird, lebendes Vieh sowie endlich Kartoffeln, bei denen dann eine vorhergehende Anfrage an die Empfangsstelle in Minden erwünscht ist.

Bei der Bestimmung über die Verteilung wirken unter Leitung des Regierungspräsidenten in Düsseldorf Vertreter aller notleidenden Bezirke mit. Vertretern der Spender wird auf Wunsch gern Gelegenheit gegeben werden, an Ort und Stelle in die Tätigkeit der Verteilungsorganisation Einblick zu nehmen.

Die Organisation ist also möglichst einfach getroffen, um sie schnell und ohne Reibungen wirken zu lassen.

Die Spende der holländischen Gewerkschaften.

In Ergänzung unserer gestrigen Meldung, daß der holländische Gewerkschaftsbund beschlossen hat, zunächst 2½ Proz. seines Vermögens für die deutschen Arbeiter im Ruhrgebiet zur Verfügung zu stellen, teilt der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ mit, daß diese Spende sich auf 150 000 Gulden, also über eine Milliarde Mark, beläuft.

Die Schwierigkeiten dieser Bekämpfung von Theaterauswüchsen liegen in der Anwendung der kauschulartigen Begriffe wie „berechtigter Empfindungen“ und „Störung der Ruhe“ usw. Es muß jedenfalls mit aller Sorgfalt verhindert werden, daß Polizeigebiete im Porzellankland der Kunst überflüssige Altlasten reiten.

Wifons Dehold ist, wie uns aus Wien gedruckt wird, in Kitzbühel in Tirol gestorben. Dort suchte der Wiener Arbeiterdichter Milderung seines schweren Augenleidens; vergebens — im 41. Jahr ist er dem Proletariat entrisen worden. „Wendungen im Schatten“ hieß eines seiner letzten Bücher. Als ein „Rensch im Schatten“ ist dieser begabte Dichter durchs Leben gepilgert; früh wurde er in die Berufsmühle geschleudert, die ihn in immer neue Posten brachte, bis er als Brack liegen blieb. Aber dennoch war in ihm der unlöschbare Durst nach Bildung und dichterischer Gestaltung alles dessen, was in ihm an inneren Erlebnissen und leisen Stimmen lebendig wurde. So wurde ihm in seinem kurzen Leben ein stattliches Werk eigen an Gedichten, Skizzen und Erzählungen, und so hat er auch die Not und den Drang seiner eigenen Jugend geschildert.

Duisburg als Hauptort des rheinischen Holzgroßhandels. Duisburg-Ruhrort ist, was im Osten des Reiches nicht genügend bekannt ist, hauptsächlich des rheinischen Holzgroßhandels und der Holzschiffahrt auf dem Rhein. Der Holzhandel ist in Duisburg wegen der Versorgung der Schiffsverke, die bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts die Fahrzeuge aus Holz bauten und wegen der Versorgung des Baugewerbes im Ruhrgebiet schon früh anflüssig gewesen. Solange aber Eisenbahnen ins Industriegebiet fehlten und solange Bergbau und Industrie keine wesentlichen Fortschritte machten, war auch das Absatzgebiet beschränkt. Erst das industrielle Empordringen des Ruhrgebietes nach der Erbauung der ersten Schienenwege ließ den heutigen gewaltigen Duisburger Holzgroßhandel entstehen, durch den Duisburg bereits zu Anfang der sechziger Jahre zum bedeutendsten Stütz des Holzhandels am Niederrhein wurde. Die wichtigste Zeit seiner Entwicklung fiel nach der örtlichen Chronik zusammen mit der Anlage von Fließhüttenwerken am Duisburger Rheinufer und mit den Anfängen des Duisburger Kohlenbergbaues. In jenen Jahren gingen die Duisburger Holzgroßhändler dazu über, Sägemühlen anzulegen. Schon 1856 waren in Alt-Duisburg drei Dampfsgewerke mit etwa 100 Arbeitern im Betrieb, 1870 waren es bereits sechs, 1875 schon acht Werke. Neben den Sägemühlen entstanden dann in den achtziger Jahren Hobelwerke, Möbelfabriken und sonstige holzverarbeitende Werke. 1910 betrug die Schiffszufuhr in den Duisburger Ruhrorter Häfen 500 000 Tonnen Holz. Von den deutschen Waldgebieten liefern vor allem der Schwarzwald und das Maingebiet Nadelholz, welche Balken und Bretter; dazu kommen in normalen Zeiten viel ausländisches Holz, meist aus Schweden, Finnland, Rußland und sogar aus Amerika nach dem Duisburger Holzhafen; außerdem viel tropisches Holz aus unseren vormaligen verloren gegangenen deutschen Kolonien. Der heutige Duisburger Holzgroßhandel ist zum erheblichen Teil spezialisiert, u. a. für exotische Hölzer und für Grubenholz, von dem hier ganz enorme Mengen ins Ruhrgebiet längs der Ruhr geliefert werden. Dazu kommen eine große Anzahl bedeutender Hobel- und Sägemerke, Möbelfabriken, Bauwerkstätten, Fenster-, Tür-, Parkett-, Stiel-, Holzschuh-, Rolladen- und Riffenfabriken.

O, diese Zeiten!

Von Fritz Müller, Chemnitz.

Richard W., Inhaber eines gutgehenden Kolonialwarengeschäfts: O, diese Zeiten! Wenn das Jahr 1923 nicht besser wird als das verfloffene war, so muß ich mein Geschäft ausgeben und auf Arbeit gehen!

Bemerkung: Noch nie ging Richard W.'s Geschäft so gut wie im Jahre 1922. Besonders im letzten Monat wurde er Rollen, Mandeln, Nüchter, Christbaumschmuck, Rum, Liköre, Zigarren, Jagtretten, Seife, Parfüms usw. trotz der hohen Preise reichend los. Er hat sich ein drittes Haus gekauft.

Hugo H., Postmeister auf dem Güterbahnhof: O, diese Zeiten! Man weiß nicht, wo man das Geld hernehmen soll! Die verfluchte Revolution!

Bemerkung: Hugo H. stand vor dem Kriege schlecht da. Er hatte einen Sohn und drei Töchter, die ihm auf der Tasche lagen. Jetzt sind der Sohn und eine Tochter nachwärts verheiratet. Die zweite Tochter ist verlobt und geht mit ihrem Bräutigam, der bei Hugo H. Aftersmieter ist, ins Geschäft. Die jüngste Tochter ist verheiratet und wohnt ebenfalls zu Hause. Ihr Mann verdient mehr als Hugo H. Da drei Familien einen Haushalt haben und sich alle gut vertragen, können sie sehr gut leben. Die jungen Paare schaffen sich viele Sachen an, die sie nicht kaufen könnten, wenn sie allein wirtschaften müßten. Die alten Leute leisten sich ebenfalls manches, was sie früher nicht geleistet hätten, und werden allseitig beneidet.

Paul R., Hausbesitzer, Beamter im Haupt- und Geflügelhändler im Nebenamt: O, diese Zeiten! Daß ich ein Haus habe, ist mein Verderb. Es verzehrt mein Gehalt und mein Vermögen und bringt mich an den Bettelstab!

Bemerkung: Paul R. hat im Garten, im Hinterhaus und auf dem Boden eine Geflügelzucht eingerichtet. Auf Ausstellungen erhält er für seine Hühner und Tauben kostbare Preise. Er verkauft die besten Tiere entweder ins polenstarke Ausland oder an Landwirte, Fabrikanten, Händler usw. gegen Waren. Seiner Frau schenkt er zu Weihnachten 100 und jedem Kind 50 holländische Gulden. Außerdem bog sich der Weihnachtslich förmlich unter der Last der Stoffballen, des Porzellans, der Schmuckstücke usw.

Emil O., ein Augenblicker: O, diese Zeiten! Es ist gar nicht mehr schön auf der Welt. Wenn es so weiter geht, schieße ich mich tot!

Bemerkung: Emil O. wohnt bei den Eltern und braucht, da er der einzige Sohn ist und die Eltern nicht schlecht dastehen, so gut wie kein Kojgeld zu bezahlen. Von den Einkünften, die er hat, müssen andere eine ganze Familie erhalten. Er ist modern von den Halbschuhen bis zum teuren Besoucheu gekleidet, trägt,

wenn er ausgeht, stets funkelneue schwarze Handschuhe. Ist nie anders als mit der Zigarette zwischen den Zähnen zu sehen. Besucht Abend für Abend Bergnügungstote usw. usw.

Bruno F., Gutsbesitzer: O, diese Zeiten! Wenn es so weiter geht, muß die Landwirtschaft zugrunde gehen!

Bemerkung: Im Herbst 1922 hat sich seine einzige Tochter verheiratet. An der Hochzeitsfeier, die vier Tage lang dauerte, nahmen 48 Personen teil. Das ganze Gut war neu vorgerichtet worden. Die Möbel- und Wäscheausstattung der Tochter wurde allgemein bewundert. Obwohl im Gut für die alten Leute Platz genug gewesen wäre, wurde ein Auszugshäusl erbaut, das man ganz neuzeitlich einrichtete und vollständig mit neuen Möbeln ausstattete. Trotz der Kleinausgaben, die Hochzeit, Hausbau usw. erforderten, konnte der Vater seiner Tochter zum Geburtsstag ein Klavier und zu Weihnachten eine Stumpfeizgarnitur schenken!

Die preussische Polizei soll die Theatermissetäter jankieren. Der Reichsminister des Innern hat im Einvernehmen mit dem Kultusminister eine Verfügung an die Polizeibehörden gerichtet, worin der zügellose Lebensgenuss gewisser Schichten und die Preisgabe der künstlerischen Aufgaben gewisser Theater zugunsten der Befriedigung niederer Instinkte festgestellt wird.

„In weichen Kreisen“ — heißt es dann weiter — „benegnet man der Auffassung, daß durch Befreiung der Zensur dem Staate jede Möglichkeit zur Bekämpfung der Missetäter im Theaterwesen genommen worden sei, und daß nunmehr auch die schamlosesten Vorbereitungen auf der Bühne ungehindert geduldet werden müßten. Dieser irrigen Annahme muß nachdrücklich entgegengetreten werden. Durch die Reichsverfassung sind, worüber weder in der Wissenschaft noch in der Rechtsprechung Streit herrscht, lediglich die Vorarbeiten beschränkt worden, die sich auf die sogenannte „Vorzensur“ bezogen. Im übrigen darf heute weniger denn je die Polizei sich der Aufgabe entziehen, alle Maßnahmen zu treffen, die zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung erforderlich sind. Ist also der Inhalt eines Theaterstückes oder die Art seiner Aufführung geeignet, die öffentliche Stille und damit einen wichtigen Bestandteil der dem Staatlichen Schutz anvertrauten öffentlichen Ordnung zu gefährden, so ist die Polizei zum Einschreiten verpflichtet. Dies ist keine Zensur im Sinne der Reichsverfassung, sondern ergibt sich aus den durch die Verfassung nicht beschränkten allgemeinen Aufgaben der Polizei. Vor allem wird bei Stücken, die schon durch die Wahl ihres Gegenstandes oder die Art und Wirkung ihrer Darstellung in leichtfertiger, frivol oder abstoßender Weise die berechtigten Empfindungen aller anständig denkenden Volkskreise unverkennbar herausfordern und verletzen müssen, in der jetzigen Zeit in noch strengerem Maße als bisher zu prüfen sein, ob nicht die Gefahr einer unmittelbaren Störung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu befürchten ist. Werden diese Voraussetzungen bejaht, so haben die Polizeibehörden sich aller Orten nach dem Gesetz zur Verfügung stehenden Mittel zu bedienen, um diesen Störungen mit Nachdruck entgegenzutreten.“

Ein zweites Saargebiet an der Ruhr.

(Drahtbericht unseres Sonderkorrespondenten.)

Essen, 26. Januar.

Die militärische Abriegelung des Industriegebietes von dem übrigen Deutschland ist vollendet. Sämtliche Eisenbahnnotenpunkte, sämtliche Verkehrs- wasserstraßen und alle wichtigen Landfahrwege, die einen Automobilovertour ermöglichen, sind stark militärisch besetzt. Nachdem die militärische Abriegelung vorgenommen ist, ver- sucht man jetzt in der Richtung von Westen nach Osten die Eisenbahn in Betrieb zu setzen, zunächst die Linie Duisburg- Oberhausen-Essen-Dortmund regelrecht in die Hand zu be- kommen. Zu diesem Zwecke wird das deutsche Personal aus den Bahnhöfen ausgewiesen und durch Franzosen ersetzt.

Der Erfolg war, daß die Franzosen zwar einen Lebens- mittelzug loslassen konnten, ohne jedoch sicher zu sein, wo sie landen. Ihre Lebensmitteltransporte sind zum Teil ent- gelastet oder fuhrten mit einer Geschwindigkeit, die hinter der Stundeneistung eines gemütlich gehenden Fußgängers noch zurückbleibt. Wir hatten heute nachmittag Gelegenheit, einen derartigen Zug auf der totliegenden Strecke Düsseldorf-Kett- wig zu beobachten. Die Maschine war stark besetzt, außerdem wurde ein Personenwagen mit ungefähr 40 Soldaten zur Bedeckung der übrigen 15 Güterwagen mitgeführt. Ein Spaziergänger konnte nicht langsamer gehen als der Zug fuhr.

Infolge der Arbeitseinstellung der Weichen- steller sind die Franzosen trotz geschulter Kräfte aus Frank- reich nicht in der Lage, die Stellwerke zu bedienen. Die deutsche Stellwerkeinrichtung findet in keinem Entente- lande ihresgleichen, so daß selbst die französischen Weichensteller als Fremdlinge an die Arbeit gehen müssen; daher auch die vielen Entgleisungen. Von 10 Zügen sind bisher mindestens 8 entgleist. Die Befahrung läuft sich deshalb selbst zunächst da- mit aus, die Weichen mit Brechstangen an Ort und Stelle zu dirigieren, das geht vielleicht zwei bis drei Tage gut, dann sind die Weichen ruiniert.

Nach den bisher getroffenen und noch in Aussicht ge- nommenen Vorbereitungen — Einführung einer rheinischen Währung! — muß damit gerechnet werden, daß die Fran- zosen ihre Pläne mit aller Entschiedenheit ausführen werden. Die systematische Säuberung der Be- hörden von ihrem Personal muß schließlich eine Erregung hervorrufen, die durch Bajonette nicht einge- dämmt werden kann, sondern im Gegenteil täglich größere Formen annehmen muß. Wir wissen, daß die Reichsregie- rung für die ihrer Stellung entzogenen Beamten, Ange- stellten und Arbeiter in finanzieller Hinsicht die notwendige Vor- sorge getroffen hat, daß Visten angelegt sind, die die Aus- handigung der monatlichen Einkünfte an das Personal sicherstellen. Die Finanzen allein genügen nicht, vor allem brauchen wir an der Ruhr Lebensmittel.

Nach Meldungen aus mehreren rheinischen Städten be- steht tatsächlich die Absicht, unter dem Schutze französischer Bajonette einen Putsch der Sonderbündler zu unternehmen. Zwar ist sicher, daß dieser Putsch in der Be- völkerung keinerlei Anklang finden würde, aber die fran- zösischen Militärs hoffen wohl, daß es gelingen werde, die Bevölkerung niederzuhalten, wenn französische Sol- daten und bewaffnete Sonderbündler gemeinsam vorgehen. Die massenhaften Ausweisungen von leitenden Beamten sollen anscheinend den Zweck haben, die Regierungsstellen so zu entblößen, daß der Putsch nicht mehr den genügenden Widerstand findet.

Schutz den Beamten.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, Reich und Länder werden allen Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten, Geistlichen und Lehr- personen in den alt- und neubefreien Gebieten jeden Schaden er- leiden, den sie in Erfüllung ihrer öffentlichen Pflichten durch die rechtsmöglichen Maßnahmen der Befehlsmächte erleiden.

Das medizinische Berlin. Der unter diesem Titel von Dr. Göt- hold Wamisch herausgegebene Führer für Ärzte (Berlin, S. Karger) ist soeben neu erschienen. Das nach wenigen Monaten, innerhalb deren die vorige Auflage vergriffen war, eine neue Notwendigkeit, erweist, daß ein Bedürfnis für ein solches Nach- schlagewerk vorliegt. Besonders werden alle auf dem Gebiete der Sozialhygiene und Fürsorge tätigen Organisationen das kleine Nach- schlagewerk benötigen, es sind alle in Betracht kommenden Berliner Einrichtungen mit größter Genauigkeit aufgeführt. Für die diesigen wie fremden Ärzte ist ein unentbehrlicher Wegweiser in dem Buche geschaffen.

Perücken aus Glas. So unwahrscheinlich es auch klingt, so hat man doch mit gläsernen Perücken die besten Erfahrungen gemacht. Es hat sich gezeigt, daß gesponnenes Glas der trefflichsten Ersatz für menschliches Haar ist. Perücken, die aus diesem Stoff gefertigt wer- den, sind außerordentlich leicht und machen einen sehr schönen Ein- druck. Glasperücken sind ohne Schwierigkeiten in jeder Tonfärbung herzustellen; auch Locken und Wellen lassen sich ganz nach dem Be- fehl der Mode an diesen Perücken anbringen. Man behauptet, daß die gläsernen Haare die natürlichen so vortrefflich nachahmen, daß eine solche gläserne Perücke überhaupt nicht erkannt werden kann, wenn man nicht eine genaue Untersuchung vornimmt. Die gläsernen Haare sehen ganz so aus wie wirkliches Haar, das auf dem Kopf gemacht ist.

Kanarienvogel als Nachgallen. In den „Mitteilungen über die Vogelwelt“ wird von einem großen Erfolg berichtet, den ein bremi- scher Kanarienzüchter, Karl Reich, errang. Reich hat einen Kanarienvogel gezüchtet mit reinem Nachgallenschlag. Dieser Erfolg ist Reich nur dadurch geglückt, daß er durch peinlich durchgeführte Temperaturregelung die Mutter — und damit die Gefangsperiode — einer Anzahl in seinem Nest befindlicher Nachgallen über das ganze Jahr verteilen konnte. Er schuf damit vier Schlupfzeiten zu je drei Monaten, und die jungen Kanarienvögel seiner Zucht hatten infolge- dessen ohne Unterbrechung Nachgallenvorschlager. Diese Versuche begannen 1911, der erste Kanarienvogel, der die Kanagarbe des Nachgallenschlages bekam, wurde 1914 gezüchtet. Im Jahre 1918, also noch weiteren vier Jahren mühevoller Zuchtarbeit, wurde der erste Kanarienvogel mit typischem Nachgallenschlag erzielt. Die weiteren Zuchterfolge befehligen diese erworbenen Eigenschaften derart, daß Reich seit 1921 auf die Nachgallenvorschlager verzichten kann und die jungen Kanarienvögel bei Sängern mit Nachgallenschlag der eigenen Rasse in die Lehre gibt.

Der Verband Deutscher Bühnenschriftsteller und Bühnen- tonkünstler hat beschlossen, seine französischen Mitglieder für die Dauer der Ruhrbelagerung anzuschließen. Dieser Beschluß hat zur Folge, daß französische Bühnenschauspieler auf deutschen Bühnen innerhalb dieser Frist nicht ge- führt werden dürfen.

Die Wägen der Röhre rollen am Sonntag, den 27. Januar, eine kleine Anzahl unter dem Titel „Von Shadow bis zum jungen Mensch“. Sie zeigt Berliner Kunst von 1800 bis 1850 in Zeichnungen und Skulpturen; vor allem Werke von Schadow, Schinkel und Wegel, Pöschel und Wieden, Schlegel, Conrad Meyerheim, Schlegel und vielen anderen, die bisher nur den Raumnamen bekannt waren.

Wanderabend von Otto Gebühr. Der Reinertrag des am 28. im Scharnhauser Park stattfindenden Wanderabends ist für die Berg- leute im Ruhrgebiet bestimmt.

Reichstag und Ruhrkampf.

Der Reichstag feierte gestern Freitag die 1. Lesung des Haus- haltplans fort.

Finanzminister Dr. Hermes:

Der Abg. Wels behauptete gestern, wir hätten die Kohlen- steuer im Betrage von 80 bis 40 Milliarden Mark gestundet. Eine Stundung der Kohlensteuer

ist tatsächlich erfolgt. Das ist aber durchaus nichts Ungewöhn- liches. Die Frage ist nur die: Wozu derartige zwingende wirt- schaftliche Gründe vor? Nach meiner Auffassung war das der Fall. Im September vorigen Jahres hatten die Forderungen mit den Berg- arbeitern vereinbart, daß den Arbeitern zwei Drittel ihres Lohnes je- weils einen Monat früher gezahlt werden sollten. Hin- zu kam eine Erhöhung des Lohnes um 100 Proz. und die gewaltige Erhöhung der Betriebskosten durch die Geldentwertung. Für den

Ausgleich der momentanen Kräfte

gab es zwei Wege: Kohlenpreiserhöhung und kurzfristige Stun- dung der Kohlensteuer. Um der Volkswirtschaft in dem Augenblick, wo eine Kumulation erschwerender Mo- mente eintrat, eine weitere Preissteigerung zu ersparen, haben wir uns für die Stundung der Kohlensteuer entschieden.

Abg. Fröblich (Komm.): Die Darstellung des Abg. Helfferich über die Entwicklung der Löhne ist falsch. Der Reallohn des Arbeiters macht heute nur noch ein Drittel des Friedenslohnes aus. Dagegen haben sich die Leistungsverhältnisse der Großindustrie tol- losal bereichert. Auf dem Rücken des Gläubigers, des deutschen Volkes wächst und gedeiht ein kleiner Kreis von Großkapitalisten. Man muß den Mut des Finanzministers bewundern, wie er die Stundung der Kohlensteuer verteidigt. Dabei haben die Kohlenbarone mit Hilfe dieser gestundeten Steuern riesige Dividenden spekulativ ge- macht. Die Verantwortung für das, was kommt, trägt die profit- wältige Kapitalistenklasse. (Beifall b. d. Komm.)

Abg. Ledebour (U. Soz.): An Helfferichs Rede wird Herr Poincaré große Freude haben. Wenn die französische Volkstimmung so aufgepeitscht wird, kann er seine Gewaltspolitik noch lange fortsetzen. Herr Helfferich und seine Freunde haben im Kriege den französischen Militaristen das Beispiel für ihre Verge- waltigungspolitik gegeben. Aus dem Elend können wir nur mit Hilfe des internationalen Proletariats herauskommen.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.):

Das Schweigen der bürgerlichen Parteien gegenüber den Aus- schreitungen der Nationalsozialisten in München und anderen Orten muß den Eindruck erwecken, als ob diese Ausschreitungen ihre Zu- stimmung finden.

Wir warnen vor unüberlegten Schritten

im Ruhrgebiet und verlangen, daß die Regierung uns vorher über ihre Absichten unterrichtet. Wir identifizieren uns nicht mit der Re- gierung und lassen uns auch nicht von einer Krise an den inneren Zuständen abhalten. Die Tatsache, daß ein Teil der Kohlen- steuer inzwischen zurückgezahlt ist, ändert nichts an unserer Kritik. Die Steuergeber sind nicht dazu da, um die Kreditbedürfnisse der Industrie zu befriedigen. Die gestundeten Beträge sind nicht einmal verzinst worden und ebenso wenig wurde eine Sicherung für Kursverluste gegeben.

Die Deutschnationalen hätten besser getan, in dieser schwierigen Situation nicht Herrn Helfferich als Redner vorzuschicken, der selbst ein gerüttelt Maß von Schuld an den jetzigen Zuständen hat. Herr Helfferich sagt über die Proletarisierung des Mittelstandes und hat selbst nichts getan, um ihr vorzubeugen. Die Regierung hätte die Sachverhalte erfassen müssen, um einen Ausgleich für die Proletarisierung der anderen Kreise zu schaffen. In der

Zurückweisung des französischen Rechtsbruchs

lassen wir Sozialdemokraten uns von niemandem übertreffen. Unser Protest dürfte sogar wirksamer sein als der Protest der Leute, die mit Krieg und Vongang ebenso verfahren wollten wie jetzt die Franzosen mit uns. Wir bestreiten, daß Deutschland absichtlich den Bankrott herbeigeführt hat. Aber gewisse nationalsozialistische Kundgebun- gen konnten diesen Eindruck in Frankreich erwecken.

Die Beamten bleiben fest.

Düsseldorf, 26. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die Letzt- ständliche Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten des Regierungs- bezirks Düsseldorf haben heute beschlossen:

In den letzten Tagen sind einzelne Dienststellen in schwere Kon- flikte gekommen, weil die deutsche Regierung den Befehl gegeben hat, gewissen auch mit dem Rheinlandabkommen nicht zu ver- einbarenden Anordnungen der Befehlenden keine Folge zu geben.

Als deutsche Beamte erklären wir, daß wir uns durch Eid, Ehre und Gewissen für verpflichtet halten, nur den Anordnungen der Reichs- und Landesregierung Folge zu leisten. Wir wissen, daß alle unsere Beamten, Angestellten und Arbeiter mit uns gleichen Sinnes sind und daß alle ehrenhaften Männer unsere Stellungnahme billigen. Wir erwarten, daß auch die Befehlsgewalt dieses zu würdigen wissen wird.

Der zweite Bürgermeister wurde heute während einer Fraktionsführerbesprechung verhaftet, ebenso der Polizei- präsident wegen der gestrigen Demonstration.

Boykott aus Not.

Essen, 26. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Trotz der Anweisung der Befehlsgewalt, wonach an Militär Speisen, Getränke und Waren verkauft werden müssen, haben die Vertreter der Kauf- mannschaft, des Handwerks, der Gastwirte und der Gewerkschaften beschlossen, folgendes der Deffenlichkeit bekanntzugeben:

Ruhrbefahrung und Wareneinkauf des Befehlsgewalt haben die Warenbestände in erheblichem Umfang verringert und die Preise in die Höhe getrieben. Die Selbsthaltung fordert, daß das aufhört. Die Kaufleute, Handwerker und Gastwirte Vorkaufs- haben daher im Einvernehmen mit ihrem Arbeitgeberverein und unter Zustimmung der Spitzenorganisationen beschlossen, ab Son- nabend, den 27. Januar, die Verabfolgung von Waren, Speisen und Getränken an französische und belgische Militär- und Zivilpersonen zu verweigern. Die Durchführung dieser lebensnotwendigen Maßnahme soll von der gesamten Einwohnerschaft unterstützt werden. Verstöße sollen bei den Berufsvertretungen zur Anzeige gelangen.

Postum ist seit Tagen von jeder Post- und Tele- graphenverbindung abgeschnitten.

Demonstrationen.

Duisburg, 26. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Zum Protest gegen die Verhaftung des städtischen Polizeimeisters Berg demonstrierten heute früh die städtischen Beamten. Vor dem Hause des belgischen Kommandanten wurde der Demonstrationszug, der sich aus meh- reren tausend Beamten zusammensetzte, angehalten und etwa 20 Personen aus der Menge herausgeholt und verhaftet. Darauf rückte belgische Kavallerie an und zerstreute die Menge.

Essen, 26. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Beim Polizeipräsidenten ist ein Schreiben des Kommandeurs der 128. Division eingegangen, in dem die gestrige Demonstration scharf gerügt und vor Wieder- holung gewarnt wird. Das Verhalten der deutschen Polizei wird lobend anerkannt.

Das Post- und Telegraphenpersonal hat die Befehlsgewalt darauf hingewiesen, daß es unter den gegebenen Umständen un- möglich ist, den Betrieb ordnungsgemäß aufrechtzuerhalten. Es wird

Wie wollen eine Verständigung

mit Frankreich und deshalb verlangen wir mit doppeltem Rechte Gehör, wenn wir der Regierung Poincaré Friedensbruch vorwerfen. Wir klopfen Poincaré an, daß er den schwersten Schlag gegen die deutsche Demokratie und Republik geführt hat. Die französische Ge- waltspolitik scheitert an der

organisierten Gewaltlosigkeit.

Der Augenblick, in dem von dieser Linie abgewichen wird, zerstört die Nachbarschaft zwischen Ihnen (nach rechts) und uns. Zersplittern Sie nicht diese Einheitsfront! Nehmen Sie Rücksicht auf die Stim- mung des Auslandes, die für die Gewaltlosigkeit Sympathie hegt! Wir verlangen von der Reichsregierung Aufklärung über die von dem kommunistischen Redner behaupteten

Zusammenhänge zwischen Rechtswehr und Orgel.

Den Arbeitern aber rufen wir zu: Laßt Euch nicht provo- zieren! Ihr gehört an die Arbeit ins Ruhrgebiet! Durch konnende Reden Helfferichs bringen wir die Franzosen nicht aus dem Ruhrgebiet heraus. Es würde gefährlich sein, wenn die Abwehr ins nationalsozialistische Fahrwasser abgelenkt würde. (Zuruf: Sie haben wohl Angst davor?) Jawohl, wir haben Angst davor, aber nicht um unfertigen, sondern um des deutschen Volkes willen. (Lebh. Zustimmung links. — Unruhe rechts.) Wir stehen jetzt gegen den Imperialismus der Franzosen. Sie werden aber leben, wie schnell und wie gut wir die Front zu wechseln verstehen, wenn sie den Weg der Gewalt einschlagen. Wir vertreten nicht nur die Interessen Deutschlands und Europas, wir vertreten die Interessen der Welt. (Lebh. Beifall links und auf den Tribünen.)

Abg. Helfferich (Dn.): Ich nehme nicht den Handschuh auf, den mir Herr Breitscheid hinwarf. Wenn er in der Abwehr an der Ruhr nur ein Stück Klassenkampf sieht, so fehlen mir die Worte dafür.

Abg. Kores (Dem.): Was geht im Rheinland und an der Ruhr ge- schieht, ist die Fortsetzung der brutalen Vernichtungspolitik, die Frankreich seit Jahrhunderten am Rhein betreibt. Es handelt sich im Ruhrgebiet nicht um einen Klassenkampf. Es ist so, wie Sollmann auch auf dem Parteitag sagte: „Wir müssen gemeinsam das Vater- land retten vor brutaler Gewalt.“ Unsere stärkste Waffe ist die

Einheitsfront der gewaltlosen Abwehr.

Wir lassen uns nicht weiter als Eskaden behandeln. (Lebh. Beifall.) Abg. Becker-Krusberg (Zr.): Herr Breitscheid ist nicht legitimiert, als Vertreter der Arbeitermassen an der Ruhr zu sprechen. Un- zählige Arbeiter stehen nicht hinter ihm, sondern hinter uns, und die treiben die Abwehr nicht aus Klassenkampfideen. (Lebh. wahr!)

Abg. Kemmle (Komm.): Ich danke unseren Brüdern in Frank- reich, daß sie sich gegen die Imperialisten gemeldet haben. Es haben den Soldaten gesagt, sie sollten nicht vergessen, daß sie Ar- beiter sind und daß die Arbeiter im Ruhrgebiet ihre Brüder sind.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.): Das Interesse des gemeinsamen Widerstandes mußte den Auffassungen entgegengetreten werden, die der Abg. Dr. Helfferich ausgesprochen hat. Wenn Herr Hepp mir zugerufen hat, ich würde wahrscheinlich nicht nach Mainz trans- portiert worden sein, so hoffe ich, sollten damit nicht Beziehungen zu Frankreich angeknüpft sein. Einen derartigen Anwurf möchte ich mit Verachtung zurückweisen. Wer ihn ausspricht, ist ein nieder- trächtiger Verleumder.

Nach einer Erwiderung des Abg. Dr. Koss (D. Sp.) auf die Ausführungen des Abg. Kemmle erwidert Abg. Hepp (D. Sp.) gegenüber dem Abg. Breitscheid: Ich bin empört gewesen über die Worte, die ein deutscher Abgeordneter hier gesprochen hat. Ich habe mich geschämt, daß ich diese Worte anhören mußte. — Abg. Breitscheid (Soz.) stellt daraufhin fest, daß Abg. Hepp seinen Zwischenspruch nicht auch zurückgenommen habe und die vorher aus- gesprochenen Charakterisierung also auf ihn zuträfe. — Darauf er- widert Abg. Hepp (D. Sp.), daß er der Sozialdemokratie nicht den Vorwurf machen wolle, daß sie Beziehungen zu Frankreich unter- halte.

Der Haushaltsplan wird dem Hauptausschuß überwiesen. Nächste Sitzung: Sonnabend 2 Uhr. (Keine Vorlagen.)

u. a. gefordert: Freigabe sämtlicher Räume des Post- und Telegraphenamtes, Aufhebung der Briefzensur, Zurück- ziehung sämtlicher Posten aus dem Post- und Telegraphen- bureau.

Französische Säbelattaken in Trier.

Trier, 26. Januar. (U.) Heute vormittag ist es verschiedent- lich zu ernstlichen Zwischenfällen gekommen. Zahlreiche Personen, darunter Frauen und Kinder, sind verwundet worden. Die Zahl der Verletzten läßt sich nicht feststellen, da das Betreten der Straße mit Lebensgefahr verbunden ist. Die französischen Spahis durcharren die Stadt und hauen mit den Säbeln auf die friedlichen Passanten ein. Der tägliche Verkehr ruht. Die „Trierer Landeszeitung“ ist für drei Tage verboten worden; der Direktor der Zeitung wurde von Karoffanern angefallen und verprügelt.

Widerstand gegen die Verschleppungen.

Boppard, 26. Januar. (Trf. Zig.) Aus Anlaß der gestri- gen Demonstration für Hoffen wurden drei Bürger verhaftet, weil sie sich geweigert hätten, die Namen der Demonstranten bekannt- zugeben. Die Verhafteten sollten in dem Zug um 2 Uhr nach Kreuznach transportiert werden. Die Einwohner ließen den Zug nicht abfahren. Nach wiederholten Versuchen mußten die Franzosen es aufgeben und die Verhafteten wieder aus dem Zuge schaffen. Es heißt, daß man sie nun mit einem Auto- mobil fortzuschaffen will.

Eine neue deutsche Protestnote zählt 38 Verhaftungen, Aus- weisungen, Abschickungen usw. auf.

Die Rheinschiffer unbefugsam.

Die Zentralkreisleitung des Verbandes der Maschinen- und Heizer berichtet, daß zwischen der Direktion der Société pour la navigation du Rhin und den streikenden Ar- beiterorganisationen am Donnerstag Verhandlungen stattgefunden haben. In denen das Verlangen der französischen Ge- sellschaft rundweg abgelehnt wurde, monach der Kapitän und der Maschinist eines jeden Schiffes an Bord bleiben und die Schiffe auf das besetzte Ludwigshafener Gebiet bringen sollten. Infolge der Ablehnung der französischen Verlangens bleiben die Schiffe auf Mannheimelr Gebiet. Ihrer Benutzung durch fremde Befahrung ist vorgebeugt worden.

Oberpräsident Noske und die Ruhrflüchtlinge.

Hannover, 26. Januar. (U.) Etwa 1600 Ruhrflüchtlinge sind hier angekommen. Gestern vormittag hat Oberpräsident Noske beruhigend zu ihnen gesprochen und ihnen den Standpunkt der Re- gierung darlegt: es sei durchaus unmöglich, eine krie- gerische Operation einzugehen; die Leute sollten in das Ruhr- gebiet zurückkehren. Die Stadt Hannover hat den Flüchtlingen Frei- scharfwehne nach dem Ruhrgebiet ausgestellt, von denen jedoch nur wenige Gebrauch gemacht haben. Die Wehrzahl von ihnen ver- langt, nach dem Osten abtransportiert zu werden.

Zahlreiche Hochöfen in Lothringen ausgelöst.

Paris, 26. Januar. (E.) Wie das „Journal Industriel“ mitteilt, wurden zahlreiche französische Hochöfen in den letzten Tagen infolge des Ausbleibens der deutschen Kohlen- lieferungen an Frankreich ausgelöst, so z. B. 6 Hoch- öfen der Firma Wendel, 2 Öfen in Epulanges, 2 Öfen in Dieden- hoven, 5 Öfen in Luxemburg und 5 Öfen in Nancy.

Gewerkschaftsbewegung

Lehrverträge sind Arbeitsverträge.

Die Handwerkerpresse gibt sich alle erdenkliche Mühe, um das Gegenteil zu beweisen. Die Lehrlingshalter werden von ihren Innungen und sonstigen Organisationen in dem Bestreben unterstützt, ihnen die Lehrlinge als Freiwild zu überlassen. Sie möchten die veralteten Bestimmungen der Gewerbeordnung über das Lehrlingswesen unverändert beibehalten oder aber sie noch verschlechtern, falls sie verändert werden. Für die Handwerkslehrlinge sollen keine der bestehenden Schutzbestimmungen für Jugendliche gelten, es soll für sie der Achtstunden-Tag aufgehoben und die Entschädigung für die Lehrlinge ja nicht etwa extra tariflich mit den Gewerkschaften vereinbart werden. Es genügt, diese Motive aufzuzeigen, die Absicht zu kennzeichnen, um die verzweifeltsten Anstrengungen des Kleinunternehmens im Handwerk, dem Lehrverhältnis den Charakter als Arbeitsverhältnis abzustreifen und zu verleugnen, von vornherein ins rechte Licht zu setzen.

Man verliert das Lehrverhältnis als ein „Erziehungsverhältnis“, die Lehrmeister als „Erzieher“ hinzustellen, selbst wenn sie mit einem Duzend und noch mehr Lehrlingen ohne einen einzigen Gesellen wirtschaften. Bei diesem „Erziehungsverhältnis“ ist natürlich alles Recht auf Seiten des „Erziehers“, dessen Maßnahmen sich die Lehrlinge absolut unterzuordnen haben, auch wenn sie noch so übel behandelt werden. Der Lehrvertrag ist „kein Arbeitsvertrag“. Weil der Lehrling zunächst in den Handgriffen der Arbeit unterwiesen werden muß, die er zu leisten hat? Man sagt, der Lehrling sei kein Arbeiter, weil er noch nicht alle die Arbeiten leisten kann, die von einem Gesellen verlangt werden. Falls der Lehrling nicht monatelang mit der gleichen Teilarbeit beschäftigt wird, die jeder nicht im Lehrverhältnis stehende ungelernete Arbeiter ebenso bald und ebenso gut leisten kann, wird er allmählich mit den einzelnen Arbeiten vertraut, an die er gestellt wird und die er zu verrichten hat. Für die geringe Mühe, die man sich im Kleinhandwerk gibt, im Gegensatz zu den Lehrwerkstätten in der Großindustrie, um dem Lehrling diesen oder jenen besonderen Handgriff beizubringen, wird der Arbeitnehmer reichlich entschädigt. Die Arbeit, die der Lehrling schon nach kurzer Zeit zu leisten hat, mühte entweder ein Ausgelernter mit verrichteten oder ein ungelerneter Arbeiter. In jedem Fall mühte anstatt der lächerlich geringen „Entschädigung“ Lohn gezahlt werden. In der zweiten Periode der Lehrzeit erfährt der Lehrling nicht nur die Arbeitskraft eines ungelerneten Arbeiters, sondern die eines jungen Gesellen, wenn der Lehrmeister nicht nur Arbeitsleistungen von ihm gefordert, sondern ihn auch in qualifizierten Arbeiten gehörig unterweisen hat. Wollte man die Erzieherrolle an Hand praktischer Beispiele untersuchen, würden nicht wenige unserer Lehrlingserzieher bloßgestellt werden.

Der Lehrvertrag ist heute freilich noch kein Arbeitsvertrag schlechthin, vielmehr die primitivste, rückständigste Art eines Arbeitsvertrages zumungunsten des auf mehrere Jahre hindurch gebundenen jugendlichen Arbeiters im Handwerk. Das zum Unrecht gewordene Lehrlingsrecht muß daher neuzeitlich verbessert werden, damit die Lehrverträge zu ordentlichen Arbeitsverträgen werden. Auch die Arbeitskraft der Schulentlassenen ist heute viel zu wertvoll, um auf Jahre hinaus dem Kleinhandwerk zur kostenfreien und unbeschränkten Ausnutzung, außer der sogenannten Entschädigung, auf Kosten der Arbeiterkassen ausgeliefert zu werden.

Schönen des Arbeitsmarktes.

Unter welchen miserablen Lohnverhältnissen einzelne Berufe heute noch zu leiden haben, spottet jeder Beschreibung. Das ist aber nur möglich, weil die betreffenden Arbeitnehmer noch immer der Organisation fernstehen. Zu diesen Berufen gehören vor allem die Kunstwerkstätten. Die Arbeitnehmer in diesen Werkstätten müssen nach Ansicht ihrer Herren Arbeitgeber schon davon satt werden, in einer Kunstwerkstatt arbeiten zu können. Die Entlohnung beträgt für Frauen 3000 bis 4000 M., für Männer 7500 bis 10000 M. pro Woche. Die Arbeitszeit soll pro Woche 48 Stunden betragen, jedoch sind Überstunden von 2 bis 6 Stunden pro Tag an der Tagesordnung. Die zuständige Organisation ist stets bemüht, diese Arbeitnehmer zu erfassen. Ist jedoch eine Betriebsversammlung angefaßt, so werden die Arbeiter an diesem Tage zu Überstunden angehalten, so selbst an Sonntagen. In einigen Betrieben wird nun den Arbeiterinnen auf Wunsch Heimarbeit mitgegeben. Was die Arbeitsräume anbelangt, so sind in einem Betrieb in der Ritterstraße die Arbeitsräume nur durch Holzwände getrennt und noch andere Mißstände vorhanden.

Obendrein sind aber auch noch die gewerksmäßigen Stellenvermittler an der Arbeit. Vor uns liegt ein Originalschreiben folgenden Inhalts:

„Bei mir liegt eine Nachfrage nach tüchtigen Wacharbeitern und Formern für Teepuppen vor. Wenn Sie mir sofort ein Honorar von 10 000 M. zahlen, können Sie sich sofort vorstellen gehen. Ich erwarte Ihren w. Besuch schnellstens von 2 bis 4 Uhr.“

Hochachtungsvoll Otto Schulz, bekannter Makler.

Es ist sehr!
Privatadresse:
Bin. W. 30, Rollendorferstr. 40
(am Hochbahnhof Rollendorferplatz)
Sprechzeit 2 bis 4 Uhr.

Also, um zu einer derartigen Beschäftigung zu gelangen, die höchstens 10 000 M. wöchentlich einbringt, soll man derartigen fragwürdigen Existenzen einen vollen Wochenlohn in den Rücken werfen. Von dem Inhaber solcher Kunstwerkstätten muß mindestens erwartet werden, daß sie der Ausbeutung Arbeitsloser keinen Wortschub leisten und sich derartige Vermittlungen verbitten. Wozu haben wir Arbeitsnachweise?

Beamtenverbände und Ruhrgebietbesetzung.

Die Spitzenverbände der deutschen Beamten haben zur dauernden Fühlungnahme mit der Reichsregierung sowie zur laufenden Vorbereitung von Fragen, die die Beamten im Ruhrgebiet betreffen, einen Aktionsausschuß eingesetzt, in dem vertreten sind:

Deutscher Beamtenbund, Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Gesamtverband der deutschen Beamten- und Staatsangestellten-gewerkschaften, Gewerkschaftsdring und Reichsbund der höheren Beamten.

Auch an dem von der Zentralarbeitsgemeinschaft veranlaßten Aufruf zur Vereinfachung von Geldmitteln für die Arbeitnehmererschaft im Ruhrgebiet ist die gesamte Beamtenerschaft durch ihre Spitzenorganisationen beteiligt.

Versammlung

aller in der Mieterbewegung (Mietervertreter) tätigen Mitglieder der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei am Mittwoch, 31. Januar, abends 6 1/2 Uhr in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 17/18

Tagesordnung:

Das Reichsmietengesetz in der Praxis.

Referent: Genosse B. Kuhnt, M. d. R.

Die Ausführungsbestimmungen des Berliner Magistrats zum Reichsmietengesetz werden ebenfalls behandelt. / Wir erwarten pünktliches und zahlreiches Erscheinen. / Ohne Mitgliedsbuch der Partei kein Zutritt. Der Bezirksvorstand.

Lohnbewegung im Großhandel.

Der Deutsche Verkehrsband hatte am 19. Januar beim Groß-Berliner Arbeitgeberverband des Großhandels in Rücksicht auf die unvorhergesehene katastrophale Teuerung beschleunigte Verhandlungen zwecks Ausgleichs der niedrigen Lohnsätze für die Handels-hilfsarbeiter beantragt und erhielt unter dem 24. Januar folgendes Antwortschreiben:

„Wir kommen zurück auf Ihr Schreiben vom 19. d. M. und gestatten uns, Ihnen mitzuteilen, daß Ihr Antrag in einer Ausschussung eingehend durchberaten worden ist. Wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu können, daß der Standpunkt derjenigen Gruppen, die noch irgendwie in der Lage sind, eine Erhöhung der vertraglich festgesetzten Bezüge für den Monat Januar vorzunehmen, dahingehend lautet, daß unter Berücksichtigung, insbesondere auch der gesamten außerpolitischen Lage unseres Vaterlandes Bereitwilligkeit besteht, von sich aus eine Erhöhung der tariflich festgesetzten Bezüge in den Betrieben vorzunehmen. Eine neuerliche vertragliche Vereinbarung, die in Form eines Ergänzungsabkommens bestehen müßte, wurde als mit dem Wesen eines Tarifvertrages nicht in Einklang stehend bezeichnet, so daß eine diesbezügliche Aussprache auch nicht als notwendig bezeichnet wurde. Die Mitglieder der Fachgruppen werden von den Beschlüssen in den nächsten Tagen unterrichtet.“

Die Organisation war nun begierig zu wissen, was den Arbeitern als Ausgleich geboten wird und erfuhr telephonisch, daß nur die Arbeitgeber folgender Branchen willens sind, ihren Arbeitern im vaterländischen Interesse 10 Proz. (!) für den Monat Januar nachzubewilligen, und zwar: Textilgroßhandel, Lederwirtschaft, Glas und Keramik, Öle und Fette, Kolonialwaren und Samenhandel, während die Arbeitgeber des Chemikalien-, Eisen- und Kurzwaren-, Werkzeugmaschinen- und Altmittel-Großhandels diesen Beschluß ablehnen. (Hoffentlich aus dem Grunde, weil ihnen dieser Betrag als zu gering erschien.)

Es werden in all diesen Branchen im Durchschnitt höchstens 16 000 M. pro Woche an verheiratete Arbeiter gezahlt. Die Arbeiter befinden sich in verzweifelter Lage. Die 10prozentige Erhöhung bedeutet für sie nicht einmal einen Tropfen auf einen heißen Stein. Die gesamte Arbeiterschaft wird überrascht sein, wenn großes Interesse die Arbeitgeber des Großhandels für die Erhaltung ihrer Arbeitskräfte, für das Wohlergehen ihrer Familien bekunden. Die beantragten Verhandlungen werden kurzer Hand abgelehnt, trotzdem — da die durch die politische Katastrophe entwerteten Verträge in den nächsten Tagen ablaufen — neue Löhne für den Monat Februar bereits festzulegen wären. Eine allgemeine Funktionärerversammlung obengenannter Branchen am Dienstag nimmt zu dieser Situation Stellung.

Lohnregelung im Buchdruckgewerbe.

Der Deutsche Buchdruckerverein teilt mit: Die Tariffkommission des Deutschen Buchdruckgewerbes hat für die beiden Wochen vom 29. Januar bis 11. Februar eine Lohnerhöhung auf 30 000 M., für die Woche vom 12. bis 18. Februar auf 36 000 M., in den Spitzenlöhnen beschlossen. Die Lohnerhöhung in Verbindung mit der weiteren Steigerung der Preise für alle Materialien hat eine Erhöhung der gegenwärtigen Druckpreise um 75 Proz. erforderlich gemacht.

Lohnzulagen in der Berliner Metallindustrie.

Gegenüber den Löhnen, wie sie durch die Vereinbarungen festgelegt waren bis einschließlich 28. Januar, ist für die Zeit vom 29. Januar bis einschließlich 11. Februar der Stundenlohn in der Klasse I erhöht worden auf 725 M.; ab 12. Februar bis einschließlich 25. Februar beträgt der Stundenlohn in Klasse I 850 M. Die weitere Regelung für die übrigen Klassen ergibt sich aus dem obigen prozentualen Verhältnis. Gegenüber der Regelung für

Januar beträgt die Zulage für die erste Hälfte im Februar 225 M., gegen Januar in der zweiten Hälfte des Monats Februar beträgt die Zulage 350 M. Die Akkordpreise werden besonders festgesetzt. Die Sozialzulage soll betragen für die Ehefrau 16 M. und für jedes Kind unter 14 Jahren 40 M.

Lohnabkommen der Schuhmacher.

Die Löhne der Schuhmacher Groß-Berlins gestalten sich laut Abkommen vom 23. Januar wie folgt: Mindeststundenlohn für männliche Zeitlohnarbeiter und als Akkordlohn für neue Arbeiten für die Zeit vom 22. Januar bis 28. Januar 625 M., vom 29. Januar bis 4. Februar 600 M., für weibliche Zeitlohnarbeiter 510 bzw. 585 M. als Akkordlohn für Reparaturen 490 bzw. 540 M.

Die Löhne der Reparaturbranche sind durch Abkommen vom 24. Januar festgesetzt für die Zeit vom 29. Januar bis 11. Februar für männliche Zeitlohnarbeiter in mechanischen und orthopädischen Betrieben 550 M., in anderen Betrieben 500 M., für weibliche Zeitlohnarbeiter in allen Betrieben 450 M. Die Akkordlohnarbeiten betragen für neue Arbeiten in orthopädischen Betrieben 550 M., in anderen Betrieben 500 M., für Reparaturen in allen Betrieben 450 M. Beide Tarife sind im Verbandsbureau, Engelauer 24, sowie in den Bezirksversammlungen am 5. Februar erhältlich.

Diensther Berlin! Die Verhandlungen über die Lohnerhöhung ab 21. bis 31. Januar sind resultatlos verlaufen. Die Arbeitgeber machten ein vollständig ungenügendes Angebot. Der Schlichtungs-ausschuß ist angerufen und wird voraussichtlich in den nächsten Tagen verhandeln. Fachgruppe der Töpfer.

Achtung! Metallarbeiterfunktionäre und Vertrauensleute! Die Berliner Gewerkschaftskommission hat beschlossen, Sammel-listen herauszugeben zur Unterstützung der Notleidenden infolge der Ruhrgebietbesetzung. Die Sammellisten sind für unsere Funktionäre von heute mittag an in unserem Verbands-bureau, Lintenstr. 83/85, Portal III 2 Tr., beim Kollegen Genossen Tirpitz in Empfang zu nehmen. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Metallarbeiter der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei!

Am Mittwoch, den 31. Januar, finden folgende Fraktionszusammenkünfte statt: Eisenarbeiter und Bergbauarbeiter: 6 1/2 Uhr bei Leuchner, Adels-straße 110. — Metallarbeiter: 6 1/2 Uhr bei Müller, Schönleitzstr. 6. — Klempner: 6 Uhr in der Schule Rappentropf, Messenhammer. — Metallenselbster: 4 Uhr im Rosenfelder Hof, Rosenfelder Straße, Heiner Saal. — Schlichter und Galvanisierer: 5 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 5, Engelauer 24-25. — Wälder: 6 Uhr bei Bölling, Brunnenstr. 79. — Bauhilfsarbeiter: 6 1/2 Uhr bei Fomelitz, Schöner 7. — Holzleger: 6 1/2 Uhr in der Schule Rappentropf, Heidenhof. — Drechsler: 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 3, Engelauer 24-25. — Mechaniker: 6 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 2. — Elektromontierer: 6 1/2 Uhr bei Heim-hof, Gipsstr. 3. — Metallarbeiter: 5 Uhr bei Reink, Schauer Str. 7. — Gewerkschaftsmitglieder: 5 Uhr im Alexander-, Alexandrinenstr. 12. — Arbeiter: 6 Uhr im Rosenfelder Hof, Rosenfelder Straße. — Zutritt nur gegen Funktionärswort und Mitgliedsbuch der Partei. Der Fraktionsvorstand, J. A. S. A. n. c. d.

Handels-hilfsarbeiter im Großhandel!

Dienstag 7 Uhr in den Rehring-Festhölzern, Sandberger Str. 11, allgemeine Funktionärerversammlung aller Branchen. Besondere Einladungen erfolgen nicht.

Achtung, Schuhmacher! Am Montag abend 6 Uhr bei Henschel, Spandauer Str. 124, wichtige Versammlung aller Kollegen und Kollegen der Richtung Amsterdamm. Erscheinen aller Parteigenossen ist dringend notwendig. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert.

Achtung, Metallarbeiter der Privatbetriebe! Montag 4 1/2 Uhr Versammlung im Verbandsbureau, Rungestr. 30, Arbeitslosenlohn, Verbandsbuch legitimiert. — Die Ortsverwaltung.

Achtung, Bekleidungsarbeiter! Montag 5 1/2 Uhr in der Schulstraße 12, für alle im Bekleidungsarbeiter-Verband organisierten Kolleginnen und Kollegen der Richtung Amsterdamm Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen unbedingt Pflicht. — Die Vertrauensleute der Richtung Amsterdamm.

Wetter bis Sonntag mittag. Wind und überwiegend bewölkt. Nur der Räte leichte Regenschauer, sonst meist trocken bei mäßigen westlichen Winden.

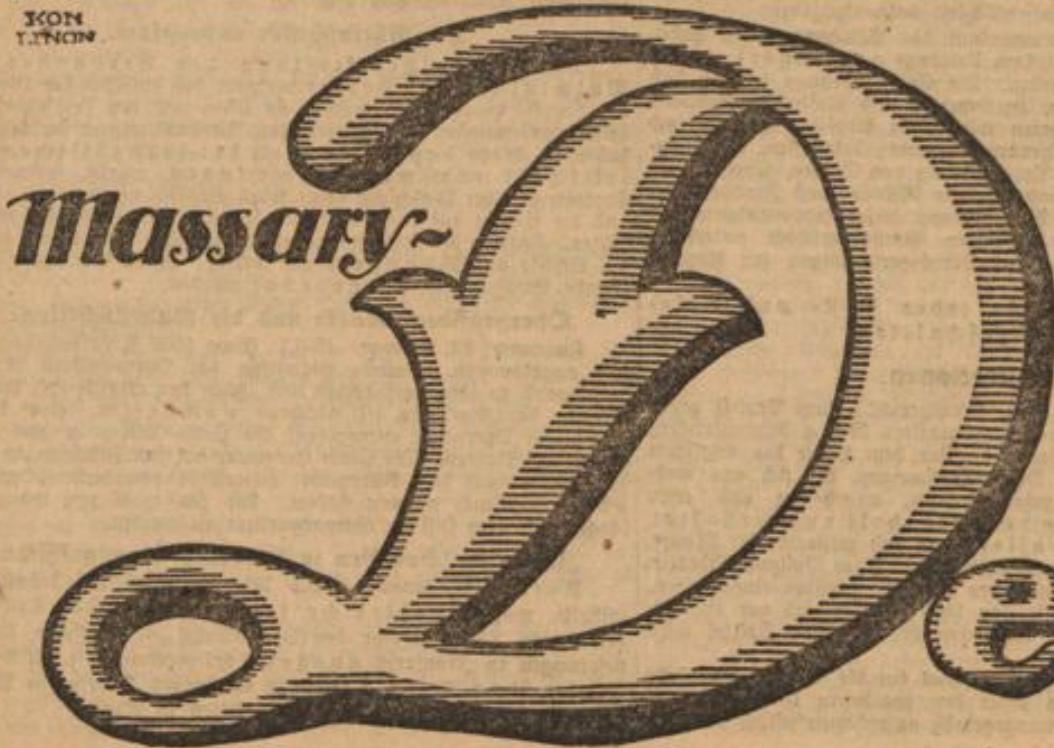
Verantwortlich für den Inhalt: Verlag Schill, Berlin; für Anzeigen: Th. Giese, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. u. d. S. Berlin. Druck: Formdruks-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. 6. 1921.

Bei
Grippe-Gefahr
schützen die fachärztlich empfohlenen
Panflavin-Pastillen
Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien.

Erstklassige Herrenbekleidung
Anzüge, Paletots, Schlüpfer, prima Stoffe
fertig und nach Maß :: Billige Preise
MAX FLUSS, Rosenthaler Straße 58

Bei Husten, Asthma und Lungenleiden
Sanitätsrat
Dr. Wegscheiders **Brust-Tee** nach Original-Vorschrift
hergestellt. — Zu haben:
Elefant-Apotheke, Berlin SW, Leipziger Straße 74, am Dönhofsplatz

KON
T. KON



Die Daseinsberechtigung
dieser Zigarette, der Beweis
für ihre Güte, kommt erfreulich
in der ständig wachsenden Zahl
ihrer Anhänger zum Ausdruck.

edest edel wie
der Name.

Die Ursache des Einsturzes im Mosse-Haus.

Nach den bisherigen Ermittlungen liegt ein Verschulden der Bauleitung vor.

Die städtische Baupolizei teilt über die Ursache der Einsturz-Katastrophe im Mosse-Haus nach den bisherigen Untersuchungen das Folgende mit:

Die Notwendigkeit, einen an der Front der Schützenstraße befindlichen sog. Voh-Kran zum Auswinden von Baustoffen zu befestigen, um die um seinetwillen noch vorhandene Lücke in der Front des 6. Geschosses schließen zu können, hatte die Bauleitung bezogen, eine größere Menge von Kies zur Ersparrung von Trägerlohn auf den Decken zu lagern; Reife dieser Auffüllung am Rande der Einbruchstelle im 6. Geschoss ließen erkennen, daß hier der Kies, mindestens stellenweise, bis zu rund 70 Zentimeter Höhe lag, während er auf der darüber liegenden, den Einsturz veranlassenden Decke in der Nachbarschaft bis zu rund 35 Zentimeter Höhe aufgeschichtet war. Ein Heuge, der Einschaler Friedrich Lamp, behauptete, daß der Kies über der eingebrochenen Decke an einigen Stellen mindestens 70 Zentimeter hoch gelagert habe; dem wurde vom Poller August Puhle, dem Bauführer Buchholz u. a. indes widersprochen, so daß Abschließendes erst die gerichtliche Vernehmung ergeben kann. Nun ist die Decke zu einer Zeit ausgeführt worden, in der die Temperatur sich ständig um den Nullpunkt bewegte. Ob gerade zuzeit der Ausführung und in den nächsten folgenden Tagen Frost getriebs hat, konnte noch nicht ermittelt werden, weil sowohl meteorologische Aufzeichnungen als auch das genaue Datum der Ausführung nicht vorliegen und ebenfalls erst durch Gerichtsverhandlungen festgestellt werden können. Der oben erwähnte Zustand der Eiseneinlagen und die allgemeine Erinnerung über die Mitternacht der letzten sechs Wochen läßt befürchten, daß die Decke noch nicht einwandfrei abgedeckt hatte. Die Vorausschaltung war der Ansicht gewesen, daß strenger Frost jedenfalls in der fraglichen Zeit nicht getriebs habe; die üblichen Erfahrungen, die über das Abbinden des Zementmörtels bei niedrigerer Temperatur mehrfach gemacht worden sind, scheinen ihr unbekannt geblieben zu sein, und so hielt sie eine Abbindedekke von etwa vier Wochen für ausreichend, so daß sie eine Ausschaltung der Decken am 19. d. M. an der Unfallstelle und östlich von ihr vornahm, während die Einschaltung westlich und südlich (rechts und nach hinten zu, von der Straße aus gesehen) noch vorhanden ist. Die ausgeschaltete Telle links von der Unfallstelle sind erhalten geblieben, obwohl auch auf ihnen zum Teil Ausschüttung lag. Sie sind gegenwärtig von neuem abgestellt worden, so daß weitere Einstürze nicht erfolgen können. Die zusammengebrochene Decke hat also ohne Einschaltung fünf Tage lang unter Riesbelastung gestanden. Ob besondere Umstände dann schließlich den Zusammenbruch veranlaßt haben, konnte bislang nicht festgestellt werden. Da sich kein Bauarbeiter unter den Verunglückten befindet, ist nicht anzunehmen, daß auf der Decke gearbeitet worden ist; dem widerspricht auch, daß die (allein noch erforderliche) Aufbringung der Zementabstreifschicht im Stockwerk darunter im Gange war. Es muß daher angenommen werden, daß die durch Regen ständig vermehrte und an sich zu Unrecht vorgenommene Heberbelastung schließlich die noch nicht vollständig abgedeckte Decke zum Einsturz gebracht hat. Ob die Aufbringung des Kieses von der Bauausführung (Firma Georg Jacobowich und deren Bauführer Buchholz und Poller Puhle) oder von einem Bauleitenden der Firma Mosse angeordnet worden ist, war nicht aufzuklären; der Poller behauptete, die Bauleitung habe die Anordnung getroffen; weiteres muß der gerichtlichen Vernehmung vorbehalten bleiben. Der Kies ist jedenfalls erst am 19. d. M. aufgebracht worden, und zwar nach der letzten baupolizeilichen Kontrollbesichtigung. Diese fanden im allgemeinen rund alle acht Tage statt; dabei wurden jedesmal so befriedigende Verhältnisse vorgefunden, daß eine Vermehrung der jedesmal mehrere Stunden erfordernden Kontrollen nicht erforderlich schien, zumal alle Gefahren mit sich bringenden Rohbauarbeiten beendet waren und sich eine Maßnahme wie die vorgenommene unsachliche Lagerung von Kies an der fraglichen Decke nicht voraussehen ließ, wie denn auch bei der betreffenden Kontrolle davon nichts verlautete. Auch bei Prüfung der statischen Unterlagen für die Decke ist baupolizeilich nichts veranlaßt worden.

Nach diesen Ausführungen scheint also festzustehen, daß die Schuld an dem Einsturz offensichtlich die Bauleitung trägt, die große Kieslasten auf einer noch nicht tragfähigen Decke lagerte. Nach unserer Ansicht hat sehr der Staatsanwalt das Wort.

Geht man offenen Auges durch unsere Geschäftsstraßen, so wird man mit Staunen gewahrt, wie zahlreiche Aufstodungen bereits vorgenommen worden sind und noch fortwährend ausgeführt werden. Ganz enorm ist diese Bautätigkeit in dem sogenannten Bankenviertel, dessen Kern bekanntlich die Deutsche Bank bildet, das sich aber bis zur Hedwigstraße ausdehnt und zu dem neuerdings auch die Straße unter den Linden durch bedeutende Neuaufbauten und damit verbundene Neuaufstodungen hinzugekommen ist. Aufstodungen nehmen am Schiffbauerdamm die AGH. und die BCB. und in der Dorotheenstraße das Postamt vor. Das sogenannte alte Geheimratsviertel um den Potsdamer Bahnhof herum gewinnt durch diese Ueberbauten ein ganz neues Aussehen, und das Beispiel des aufgestockten Primus-Palastes an der Ecke der Potsdamer und Margaretenstraße beweist, daß ein solcher Bau — man könnte ihn Mittelhochhaus nennen — einen beachtenswerten architektonischen Eindruck erweckt.

Voraussetzungen für das Aufstodden.

Die wichtigste baupolizeiliche Frage, ob die statischen Voraussetzungen für eine Aufstodung gegeben sind, ist, ob der bestehende Unterbau kräftig genug ist, einen Aufbau auszuhalten. Es darf wohl ohne weiteres gesagt werden, daß in Berlin bisher keine Aufstodung ohne eine sehr eingehende und gründliche Untersuchung der Tragfähigkeit des Baues von der Baupolizei genehmigt worden ist. Auch der Mosse-Bau ist ein modernes Haus mit schwerem Unterbau, das zweifellos eine Aufstodung sehr gut verträgt. Die Aufstodung selbst erfordert nicht nur eine sorgfältige Ausführung, sondern sehr vorsichtige und sorgfältige Vorbereitungen. Das alte stehende Gebäude wird zunächst vollständig von einem riesigen, hohen Gerüst umkleidet, das allen für die Bauarbeiter nötigen Sicherheitsanforderungen entsprechen muß. Leider hat der Aufbau eines solchen Gerüsts zur Folge, daß den Einwohnern zunächst alles Tageslicht wird. Eingebaut in das Gerüst werden elektrische Aufzugsvorrichtungen und bewegliche Baustellkräne, die in eisernen Turmgerüsten untergebracht sind. Schutt wird weder heruntergetragen noch gefahren, sondern durch staubdichte Lichter heruntergeschüttelt. Um das Gebäude gegen Witterungseinflüsse (Neben, Schnee) zu schützen, muß der Architekt bestrebt sein, das alte Dach so lange wie möglich zu erhalten. Die Aufstodungen müssen in sich stark verankert sein, um nicht den Zusammenhalt mit dem alten Gebäude zu verlieren.

Baumaterial auf dem Dach.

Eine sehr schwer zu lösende Frage ist bei jeder Aufstodung in den dicht bebauten Geschäftszugebenden die Unterbringung der nötigen Baumaterialien, für die im allgemeinen weder auf den engen Höfen noch auf den schmalen, vom Verkehr beanspruchten Straßen und Bürgersteigen Platz ist und die deshalb vielfach auf den Boden oder auf das Dach gebracht werden müssen, ein Umstand, der bei der Katastrophe im Mosse-Haus eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat. Außer einigen Privatwägen und mehreren Genossenschaftsbüroen sind die Aufstodungen im Berliner Geschäftsviertel so ziemlich die einzigen Neubauten, die das Berliner Baugewerbe zurzeit auszuführen hat.

Einsturz-Katastrophe in Weida. Infolge des eingetretenen Tauwetters stürzte beim Neubau eines Kesselhauses in Weida eine Wand ein und tötete fünf Maurer unter sich. Vier von ihnen, sämtlich Familienväter, waren sofort tot, der Verletzte ist ins Krankenhaus gebracht worden.

Konkurrenten der Kohle.

Vielleicht sollte man besser und richtiger sagen: Erfolg für Kohle! Jedenfalls ist das, was man heute auf vielen Straßen und vor vielen Häusern sieht, ein bedeutendes Zeichen unserer traurigen Zeit. Große Fuhrten mit Torf werden abgeladen und die Empfänger sind glückselig darüber, Brennmaterial zu erhalten, das billiger ist als Preßkohle. Torf als Heizstoff war früher in Berlin fast ganz unbekannt und wurde nicht benutzt. Das, man kann sagen, klassische Land des Torfs ist Ostpreußen, wo seit langen Jahren nicht nur auf dem Lande, sondern auch in den Städten die Oefen mit Torf geheizt werden. Auf den vielen Wiesen Ostpreußens und den Mooren wird viel Torf „gestochen“, und es ist ein eigenartiger Anblick, wenn man durch die Provinz fährt, die vielen und ziemlich hohen Haufen Torf zu sehen, die man zum Trocknen aufgeschichtet hat. Torf muß nämlich im Gegensatz zur Preßkohle durchaus trocken sein, wenn er als Brennmaterial Bedeutung und Wert haben soll. Er entwickelt, und das wird in Berlin interressieren, eine große Heizkraft, aber er hat auch den großen Nachteil, daß er stark rußt und beim Verbrennen viel Asche hinterläßt. Die Hausfrau, die unter den beschränktesten Verhältnissen wirtschaftet, insoweit mehr Arbeit und Anstrengung aufwenden muß als früher, wird kaum eine Freundin des Torfs sein, weil er schmutzt und das Paket häuslicher Arbeit noch vermehrt und beschwert.

Reben dem Torf behält man sich heute in Berlin, weil man die ungeheuerlichen Preise für Preßkohle nicht bezahlen kann, mit Braunkohle, die gleichfalls früher in Berlin nicht benutzt und geschätzt wurde. Indessen, was die Heizkraft anbelangt, so gilt für die Braunkohle dasselbe, was vorher darüber vom Torf gesagt worden ist. Aber auch die Braunkohle „rußt“ stark und macht der Hausfrau mehr Arbeit. Dazu kommt, daß die Berliner Oefen, weil sie keine Roste haben, auf diese Feuerung nicht eingerichtet sind, die dann auch infolge der mangelnden Roste nicht voll zur Auswirkung kommen kann. Jedenfalls aber kann man sich mit diesem Konkurrenten der Preßkohle ganz gut helfen, und es ist entschieden besser und bequemer für den Einzelnen und vor allem bekanntlicher der gesamten Wirtschaft und der Allgemeinheit, wenn man als Erfolg für Preßkohle zu Torf und Braunkohle die Zuzucht nimmt, als daß man wie vor Jahren in Wien zur Selbsthilfe greift, ganze Wälder abrodet und das Land hervorragend schöner Naturdenkmäler beraubt.

Am beliebtesten aber ist in Berlin seit jeher neben der Preßkohle der Koks. Er ist so populär geworden, daß er befehen worden ist und viele unserer Väter werden sich gewiß noch des schönen Couplets erinnern: „Mutter, der Mann mit dem Koks ist da!“ Heute freilich kommt der Mann mit dem Koks nicht mehr ins Haus und bietet ihn an wie feuer Bier. Heute muß man ihn holen, und auf den Höfen der Gasanstalten sieht man lange Schlangen der auf Koks Wartenden mit kleinen Handwagen. Koks ist gewiß nicht billig, doch er hat hohe Heizkraft und brennt sparlos. In Friedenszeiten bereits brannte in Arbeiterwohnungen in der Küche fast ausschließlich Koks und die ganze Familie wärmte sich an der Kochmaschine, die außerdem noch die färgliche Nahzeit lieferte.

Der beste Konkurrent der Kohle und ihr gefährlichster Gegner ist aber entschieden ein milder Winter, wie wir ihn bis jetzt gehabt haben und der uns hoffentlich bescheid bleibt und so manche lastende Sorge lindert.

Noch keine Tarifierhöhung bei der Straßenbahn.

Die gestrige Sitzung der Verkehrsdeputation endete wie das Hornberger Schieken. Alle vorliegenden Anträge der Verwaltung wurden abgelehnt. Die Verwaltung hatte infolge neuer Lohnsteigerung 180 M. für den Einzeltarif beantragt. Die Mehrheit der Deputation war für 150 M. Da aber ein Änderungsantrag der Sozialdemokraten auf Verbilligung der Wochenkarte abgelehnt war, wurde die vorgeschriebene Zweidrittel-Mehrheit nicht erreicht. Die Deputation wird am Montag erneut zusammengetreten. Es ist in dieser Sitzung mit der Annahme des 150-M.-Tarifs zu rechnen.

Angenommen wurde eine Entschädigung, die Ausdehnung der Verträge mit Teilrententarij verlangt. Ferner wurde allseitig energisch der Standpunkt vertreten, daß die Gehälter der Straßenbahn unter allen Umständen pünktlich zu bezahlen sind.

Straßenbahneinstellung. Die Windener Straßenbahn

steht infolge von Finanzschwierigkeiten am 1. Februar ihren Betrieb ein. Die Leipziger Straßenbahn erhöhte den Tarif auf 150 M.

Kaßbrud verboten. Der Neill-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

21] Von John dos Passos.

Das dem amerikanischen Manuskript übersetzt von JULIAN GUMPERT.

Dann schwirrten wir ab. . . Keris, mir ist im Hals so trocken, als ob ich in der Hölle säße. Bestellen wir noch 'ne Flasche!

„Selbstverständlich,“ sagten alle

„Bon mar, ma chérie, Comment allez vous?“

„Noch eine Champagner, Marie!“

„Nun,“ fuhr er fort, „wir lurrten los, wie ein Ball aus der Hölle, eine schöne Straße hinunter, und es ging alles ganz gut, bis einer der Hauptleute dachte, wir müßten mal ein kleines Rennen machen. Das taten wir auch. . . Comprih? In der Hitze des Gefechts wurden wir so aufgereggt, daß wir alle den Sergeanten vergaßen. Der fiel runter, und keiner kümmerte sich darum. Und schließlich zogen wir vor eine Kneipe, und einer der Hauptleute sagte: wo ist denn der Sergeant? Und der andere meinte: gar keiner mitgewesen. Und darauf tranken wir alle. Und der eine Hauptmann sagte ständig: alles nur Einbildung. War nie ein Sergeant mit. Würde doch nie mit'm Sergeanten losfahren, nich', Leutnant? Er nannte mich immer Leutnant. Nun, auf diese Weise kam ich zu der neuen Anlage. Irgend jemand schickte den Sergeanten auf, und der hatte so 'ne kleine Gehirnerschütterung weg. . . Zur gleichen Zeit ungefähr meinten die Hauptleute, wir könnten mal nach Paris fahren. Und wir sagten, wir würden sie mitnehmen. Und so taten wir das ganze Benzin in meinen Wagen, und wir kletterten alle vier auf das verdammte Chassis, und ab ging's, wie ein Ball aus der Hölle. . . Na, nach ungefähr zwei Minuten fanden wir uns auf einem dieser netten kleinen Steinhausen wieder. Wir standen aber alle wieder auf. Der eine der Hauptleute hatte 'nen getrockneten Arm, und das war 'ne schlimmere Geschichte, als den Sergeanten zu verlieren. So gingen wir dann zu Fuß die Straße runter. Ich weiß nicht, wie es kam; es wurde aber wieder hell. Und so kamen wir in irgend so 'ne verdammte Stadt, und da waren zwei Militärpolizisten, die schon auf uns warteten. Comprih? Na, wir haben da nicht lange mit den beiden Hauptleuten rumgefackelt. Wir machten uns gleich dünne, schwirrten eine Seitenstraße hinunter, gingen in

ein kleines Kaffee und amüsierten uns da 'mal anständig. Fühlten uns da recht wohl, und ich sage also zu Bill: Bill, wir müssen ins Quartier zurück und denen erzählen, daß bei einem Unglücksfall unser Wagen in Stücke ging, ehe noch diese Militärpolizisten sich mit uns beschäftigen. Und er sagt: hast verdammte recht. Gerade in dieser Minute sah ich durch eine Spalte in der Tür, wie so'n Feldgendarm ins Kaffee kam. Wir rüdten aus durch den Garten und machten uns an die Mauer ran. Kamen auch gut rüber, obshon wir ein anständiges Stück meiner Hosen an den Glassplittern zurückließen. Aber diese Feldschweine kamen auch rüber und hatten ihre Anallbüchsen in der Pöte. Und alles, was ich dann noch von Bill Rees sah. . . war ein großes, fettes Weib in einem rosa Kleid, die wusch Wäsche in einem großen Faß, und der arme Bill Rees rennt gerade auf sie zu und purzelt mit ihr in das Waschfaß. Na, da hatte ihn ja das Schwein. So entseuchte ich. Und das allerletzte, was ich noch von Bill Rees sah, war, wie er so aus dem Waschfaß rauskam, als ob er am Schwimmen sei, und das fette Weib sah am Boden und erhob die Fäuste gegen ihn. Bill Rees war der beste Kamerad, den ich je hatte.“

Er machte eine Pause und goß den Rest des Campagners in sein Glas, wischte den Schweiß von der Stirn mit seiner großen, roten Hand.

Er machte eine Pause und goß den Rest des Campagners in sein Glas, wischte den Schweiß von der Stirn mit seiner großen, roten Hand.

„Du bindest uns doch hier nicht etwa einen auf?“ fragte Fuselli.

„Frag' du 'mal Leutnant Whitehead, der mich vor dem Kriegsgericht verteidigt, ob ich euch einen aufbinde. Ich habe im Ring gekämpft, Kerl, und daruf kannst du deinen letzten Dollar wetten, daß ein Mann aus dem Ring die Wahrheit sagt.“

„Kahre fort, Don,“ sagte der Sergeant.

„Un' seltdem habe ich nie wieder von Bill Rees ein Wort gehört. Ich denke, die haben ihn in die Gräben gebracht und kurze Arbeit mit ihm gemacht.“

Da Cohen machte wieder eine Pause, um sich eine Zigarette anzuzünden.

„Nun, eines dieser Feldschweine kommt hinter mir her und beginnt zu schiefen. Ihr könnt euch denken, daß ich tief, Donnerwetter, halte ich 'ne Angst. Aber ich hatte Schwein; da war ein Franzose, der gerade mit seiner Karre losfuhr, und ich sprang auf und sagte, die Feldgendarmen seien hinter mir her. Der wurde ganz weiß, dieser Franzmann. Er gab

seinem Wagen Benzin literweise zu saufen und schoß ab, wie ein Ball aus der Hölle, und da war verdammt viel Verkehr auf der Straße, weil da an der Front wieder 'mal ein solch nährlicher Angriff vor sich ging. So kam ich nach Paris. . . Da wäre alles schon gut gewesen, wenn ich nicht so ein Wädel getroffen hätte, das ich kannte. Ich hatte noch fünfhundert Franken bei mir, und so machten wir 'ne feine Riste auf. Wie wir eines Tages im Café de Paris saßen — wir waren beide so'n bisschen angefaust, un' hatten nicht genug Geld, die Rechnung zu bezahlen — un' Jane lief, un' was Geld zu holen. Anzweifeln aber sagte mich 'n Feldgendarm, un' dann war die Hölle los. . . Comprih? Sie steckten mich in die Bastille, dann verladen sie mich nach irgend so 'nem verdammten Lager, gaben wir ein Gewehr un' exerzierten mich eine Woche und packten uns schließlich alle in einen Zug nach der Front. Da war wieder fast Schluss mit mir, aber als wir in Bitry-le-Francois ankamen, schmiß ich meine Knarre aus dem einen Fenster und sprang aus dem anderen un' auf einen Zug nach Paris zurück und ging und berichtete im Quartier, wie ich den Wagen zu Scherben gefahren habe, un' in der Bastille war, und alle waren wütend auf die Feldgendarmen, und sie sandten mich zu einer Abteilung, und alles ging gut, bis ich Befehl bekam, in dieses koflige Lager zu kommen. Un' jetzt weiß ich nicht, was sie mit mir vorhaben.“

„Donnerwetter!“

„Großartig, so'n Krieg. Sage, ich möchte nicht drum rumkommen. Bin froh, daß ich dabei bin.“

In der anderen Ecke des Zimmers sang einer:

„Ob Madmerfelle aus Armentieh, Parieh wuh?“

„Donnerwetter, ich muß jetzt hier 'raus!“ sagte Dan Cohen nach einer Minute. „Draußen wartet 'n Wädel auf mich.“

Er schwankte hinaus und sang das Lied, das er immer sang:

„Bon mar, ma chérie, Comment allez vous? Sie vous voulez Couchez avec moi. . .“

Die Tür schlug hinter ihm zu, und viele hatten das Kaffee verflissen. Madame hatte wieder zu stricken begonnen, und Marie mit den festen, weißen Armen sah hinter ihr, hatte den Kopf zurück gegen die Flaschen gelehnt, die in Haufen hinter der Bar aufgeschichtet waren. (Fortsetzung folgt.)

